



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Der Ausbildungsstellenmarkt:
Kein Land in Sicht!

Projekt Regionale Kompe-
tenzzentren in Niedersachsen

Antrittsbesuch: VLB und BLBS
bei Kultusminister Schneider

Modellversuch Diplomstu-
diengang „Berufspädagogik“

Beschulung der Jugendlichen
ohne Ausbildungsplatz

Qualitätssicherung durch
Balanced Scorecard



Keine Chance auf einen Ausbildungsplatz?

HERAUSGEBER

Hans Käfler, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Hans Preißl
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
Telefax: 0 85 86 - 9 78 68 14
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 66 14 15
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
E-Mail: kohn@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG

signum3 oHG
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK

Böhler Verlag GmbH
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 6 34 31
Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 10: 2005-09-12
für Heft 11: 2005-10-04
für Heft 12: 2005-11-07

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Hans Käfler: Der Ausbildungsstellenmarkt: Kein Land in Sicht!

Bildungspolitik

- 4 Angelika Rehm: Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo)
5 Hans Käfler: VLB und BLBS im Gespräch mit Kultusminister Schneider

Dienstrecht

- 7 Marion Götz: Was wird aus dem Gesetz zur Reform der Strukturen
des öffentlichen Dienstrechts?
8 BBB: Zur Zukunft von Beamtenrecht und Beamtenversorgung
9 Der HPR informiert: Beförderungsmöglichkeiten für Realschullehrer
an beruflichen Schulen
9 Der Prüfungspool: „Wer erhält wofür wie viel?“
10 BBB-Präsident Heesen: Horrorszenarien bei Altersversorgung
sind ohne Realitätsbezug

Lehrerbildung

- 11 Michael Vögele: Modellversuch Diplomstudiengang
„Berufspädagogik“ an der TUM
13 Jürgen Seifried: Forschungsprojekt zu Planung und Durchführung
von Buchführungsunterricht
14 Gemeinsame Resolution von Bildungsverbänden: Bachelorabschluss
qualifiziert nicht für Lehrerberuf
14 Wolfgang Lambl: Finanzierung von 50 zusätzlichen Stellenäquivalenten

Pädagogik und Unterricht

- 16 A. Deinböck / C. Romer: JOA – Beschulung neu definieren
18 Peter Kühr: Jobcon oder: Schüler suchen Lehrstellen
20 Horst Grünewald: Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau
21 Neues Ausbildungsvertragsmuster

Schulentwicklung

- 22 Dietrich Weidinger: Qualitätssicherung durch Balanced Scorecard

Aus dem Verbandsleben

Landesverband

- 25 Einladung zur Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs

Bezirks- und Kreisverbände

- 25 BV Oberbayern; BV Oberfranken; KV Oberbayern Nordwest und Südwest;
KV Oberfranken-Nordost

Fachgruppen

- 30 FG Religion

Referendare und Studenten

- 31 M. Böhm/S. Weinzierl: VLB-Studentensymposium

Senioren

- 32 Aus aktuellem Anlass; Niederbayerisches Pensionistentreffen

- 33 **Personalien**

Umschau

- 34 **Termine**
35 **Leser Schreiben**
Letzte Umschlagseite
36 Nachdenkenswertes

Titelfoto: Fotograf/Main-Post

Der Ausbildungsstellenmarkt: Kein Land in Sicht!



HANS KÄFLER

Art. 128 (1) der Bayer. Verfassung lautet: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seine erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.“

Auch wenn der Inhalt dieses Verfassungsartikels für einen Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis nicht einklagbar ist, so muss er doch Leitlinie, Programm und Politikschwerpunkt der Bayerischen Staatsregierung sein. Wie sieht aber die Realität aus? Im Bericht für Juni 2005 meldet die Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Bayern, dass

- die Zahl der seit Oktober 2004 gemeldeten Bewerber im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent gestiegen ist,
- im selben Zeitraum die gemeldeten Berufsausbildungsstellen um 8,9 Prozent zurückgegangen sind,
- in Bayern derzeit (Juli 2005) auf 100 Bewerber 72 Berufsausbildungsstellen kommen (Vorjahr 80), diesem Durchschnittswert ganz unterschiedliche regionale Verhältnisse zugrunde liegen, z. B.:
 - München 156
 - Oberbayern 101
 - Oberfranken 45,

- die Zahl der nicht vermittelten Bewerber im Juni 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Prozent gestiegen ist.

Die Agentur für Arbeit folgert daraus: „Diese Zahlen verdeutlichen, dass sich in diesem Jahr die Ausgangssituation am Bayerischen Ausbildungsstellenmarkt ungünstiger darstellt als vor Jahresfrist.“

Die beruflichen Schulen werden sich also auf noch mehr Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis einzustellen haben als im vergangenen Jahr. Auf noch mehr junge Menschen, die auf Unmengen von Bewerbungsschreiben nur Absagen erhalten haben, deren Zukunftshoffnungen bitter enttäuscht wurden, denen brutal gezeigt wird, dass ihre Arbeitskraft, ihre Ideen, ihre Energie offensichtlich nicht gebraucht werden.

Es ist höchste Zeit für die Staatsregierung zur Kenntnis zu nehmen, dass den enttäuschten Ausbildungswilligen nicht mit Praktikumsplätzen, Einstiegsqualifizierungen und schulischen Warteschleifen gedient ist! Der seit Jahren andauernde Schwächeanfall des dualen Systems ist nicht mit immer mehr Geldspritzen in betriebliche Maßnahmen zu kurieren! Die dort eingesetzten Millionen würden in ein- oder mehrjährige Berufsfachschulen investiert, verbunden mit einer Anrechnungsverpflichtung, unmittelbar wirksam werden und das Ausbildungssystem schnell spürbar entlasten.

Die Berufsschulen vor Ort tun ihr Bestes, stoßen jedoch längst an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Kreative Organisationsformen für die „JoA*-Klassen“ verbessern zwar die Angebote für diese Jugendlichen erheblich und erleichtern auch den dort eingesetzten Lehrkräften den Unterricht. Handlungsorientiert „verpack-

te“ Inhalte steigern das Interesse und verbessern die Ergebnisse.

40 Schultage bleiben jedoch 40 Schultage, ob man sie nun als Einzeltages- oder Blockunterricht organisiert. In 8 Wochen ist ein Einstieg in eine Ausbildung durchaus möglich; wenn die Jugendlichen anschließend jedoch wieder nur vor dem Nichts stehen, bleiben auch diese Maßnahmen nur Stückwerk und lassen Enttäuschung in Resignation und Verbitterung umschlagen.

Solange die Staatsregierung sich nicht entschließen kann massiv in Berufsfachschulen zu investieren, sollten wenigstens die vorhandenen Mittel optimal eingesetzt werden. Es ist deshalb dringend notwendig, die von der Arbeitsverwaltung finanzierten Berufsvorbereitungsmaßnahmen frühzeitig mit den Berufsschulen abzustimmen. Um die regional vorhandenen Ressourcen zu nutzen und wegen des langen Planungsvorlaufs der Arbeitsagenturen müssten die ersten Gespräche zwischen der Arbeitsverwaltung und den Schulen allerdings bereits unmittelbar nach Beginn des Schuljahres mit Blick auf 2006/07 stattfinden.

Das eigentliche Problem der viel zu wenigen Ausbildungsplätze löst auch eine noch so gute Kooperation zwischen den Maßnahmeträgern und den Berufsschulen nicht. „Der Ball bleibt im Feld der Staatsregierung“. Ein effektiver „Befreiungsschlag“ kann nur von ihr kommen. Die Verfassungsväter wussten, wie entscheidend wichtig eine gediegene Ausbildung für jeden Menschen ist. Ihre politischen Enkel sind jetzt gefordert diese Erkenntnis in Handeln umzusetzen. <

* JoA steht für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis.

Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo):

Wenn einer eine Reise tut oder Kompetenzzentren einmal ganz anders

DR. ANGELIKA REHM

Der Landesvorsitzende des BLBS von Niedersachsen, Heinz Ameskamp, hatte eingeladen, um das niedersächsische „Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo)“ vorzustellen. Schon die vorher durchgeführte Internetrecherche war viel versprechend. So reisten Hans Käfler und ich in gespannter Erwartung gen Hannover.

Modernisierung des beruflichen Schulwesens

Wir waren zu Gast im niedersächsischen Kultusministerium, wo uns der Leiter der Geschäftsstelle ProReKo das ehrgeizige Konzept des Schulversuches erläuterte. „ProReKo ist,“ so Bernd Henkel, „der bisher weitestgehende, alle Organisationsbereiche und -ebenen betreffende Versuch zur Modernisierung des berufsbildenden Schulwesens, den das Land Niedersachsen bisher aufgelegt hat.“ Es basiert auf einem Landtagsbeschluss von 2001, der gemeinsam von CDU und SPD getragen wurde, so dass der Regierungs- bzw. Kultusministerwechsel in Niedersachsen keinen Einfluss auf die Weiterführung des Konzeptes hatte, an dem insgesamt 19 berufsbildenden Schulen beteiligt sind. Ziel ist ein auf alle Schulen übertragbares Modell, das durch ein geändertes Steuerungs- und Unterstützungssystem die berufsbildenden Schulen zu regional- und kundenorientierten Dienstleistern der beruflichen Bildung entwickelt und die Qualität ihrer schulischen Arbeit messbar verbessert. Um dieses Globalziel zu erreichen, werden in den sieben Arbeitsfeldern Bildungsangebot, Personalmanagement, Budgetierung, Schulverfassung, Qualitätsmanagement, Steuerung und

Unterstützungssystem Veränderungen angestrebt.

Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung

Das Bildungsangebot z. B. soll neben dem Pflichtprogramm, das jede Berufsschule schon heute erfüllen muss, verstärkt auch Fördermaßnahmen und Zusatzqualifikationen enthalten, die zwar innerhalb des schulrechtlichen Systems angeboten werden, aber keine Relevanz für die Schulpflichterfüllung haben. Neben diesen im herkömmli-

Zu Besuch bei den Multi Media berufsbildenden Schulen in Hannover-Laatzten. Von links Dr. Angelika Rehm, Hans Beißner (Stellv. Schulleiter) Joachim Maiss (Schulleiter), Bernd Henkel (Leiter der Geschäftsstelle ProReKo) Hans Käfler, Heinz Ameskamp (Landesvorsitzender des BLBS Niedersachsen), Christian Postel, Schulleiter B 6 Hannover.



chen Jargon als „Wahlfächer“ zu bezeichnenden Förderprogrammen sollen zusätzlich „neue Produkte“ angeboten werden, die das spezielle „Kürprogramm“ eines Regionalen Kompetenzzentrums bilden. Es handelt sich dabei um am Markt angebotene Weiterbildungsmaßnahmen, Kurse sowie „Waren und Dienstleistungen“, die außerhalb der schulrechtlichen Vorschriften geregelt und für die Teilnehmer kostenpflichtig sind. Die Schule tritt damit in Konkurrenz zu den anderen am Markt agierenden Bildungsträgern und muss die Kurse kostendeckend

kalkulieren. Noch ungeklärt ist in diesem Zusammenhang die Rechtsform der „Unternehmens Schule“, denn diese Aktivitäten haben privat- und steuerrechtliche Auswirkungen.

Eigenes Schulbudget

Geradezu revolutionär mutet das „Arbeitsfeld Budgetierung“ an, sieht es doch im Endstadium die Übertragung der finanziellen Verantwortung einschließlich des Stellenplanes auf die Schule vor. Das Land und der für die ProReKo-Schule zuständige Träger errichten ein gemeinsames Budget. Der Schulleiter besitzt Vollmacht über das Konto, das der Schulträger einrichtet und auf das das Land seinen Anteil einzahlt. Dazu zählen u. a. Mittel für befristet beschäftigte Vertretungslehrkräfte, für Mehrarbeit oder Reisekosten. Auf dieses Budget sollen zukünftig aber beispielsweise auch Einnahmen aus kostenpflichtigen

Weiterbildungsmaßnahmen oder der Vermietung von Klassenräumen an Dritte angerechnet werden. Die Ausgabenmittel innerhalb dieses Budgets sind voll deckungsfähig und übertragbar, so dass kein „Dezemberfieber“ ausbricht.

Kennzahlen aus der Kosten- und Leistungsrechnung

Konsequenterweise wird parallel dazu ein Konzept zur Einführung einer kaufmännischen Kosten- und Leistungsrechnung erarbeitet, das im Rahmen des Projektes erprobt werden soll.

Die Kosten- und Leistungsrechnung soll landesweit vergleichbare Daten für Kennzahlen liefern, z.B. „Ressourceneinsatz pro erfolgreichem Schüler“ oder „sächlicher Auslastungsgrad“ und somit den Prozess der Qualitätsverbesserung unterstützen. Strittig ist noch, ob die Kosten z. B. für den Lehrereinsatz als Durchschnittskosten (Normalkosten) oder nach dem tatsächlichen Aufwand (Istkosten) erfolgen sollen. Hier wird die jetzt anlaufende Erprobungsphase verwertbare Daten liefern. Die Erfassung aller Leistungen, die „das Unternehmen Schule“ erstellt, sowie deren Kosten ist – zumindest im staatlichen Bildungsbereich – ein ganz neuer Denkansatz. Ziel muss immer sein, dass die mit der Kosten- und Leistungsrechnung gewonnenen Daten helfen, die Unterrichtsqualität zu verbessern, indem der Blick auf die Kostenstruktur zu effizienterem Ressourceneinsatz führt.

Fraktale Organisationen

Um ein solch anspruchsvolles Konzept durchsetzen zu können, bedarf es auch einer neuen Schulstruktur, die hier als Schulverfassung bezeichnet wird. Erklärtes Ziel der Initiatoren ist es, Organisations-, Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen zu schaffen, die es erlauben, dass die Entscheidungen dort gefällt werden, „wo die schulischen Arbeitsprozesse stattfinden“. Dreh- und Angelpunkt der neuen Schulstruktur ist der Aufbau einer „fraktalen Organisation“, das sind „selbständig agierende Organisationseinheiten (Teams), deren Ziele und Leistungen eindeutig beschreibbar sind“. Neben den Lehrerteams, den Abteilungen und dem Schulleiter/der Schulleiterin sind in die Entscheidungsstruktur der Schulvorstand und der Schulbeirat (vergleichbar unserem Berufsschulbeirat) eingebunden. Dabei ist der Schulvorstand als zentrales Beschlussorgan konzipiert, in dem alle relevanten Gruppen vertreten sind.

Qualitätsmanagement auf der Basis von EFQM

Alle niedersächsischen Schulen, nicht nur die am Schulversuch ProReKo be-

teiligten, sind seit diesem Jahr verpflichtet, ein Qualitätsmanagement aufzubauen. Neben den oben angesprochenen Kennzahlen aus der Kosten- und Leistungsrechnung wurden weitere Größen entwickelt, um die Effizienz der Schule zu messen. So soll z. B. die Abschlussquote darüber Auskunft geben, wie hoch der Prozentsatz der Schüler ist, die die Schule erfolgreich besucht haben. Eine hohe Versagerquote könnte dann beispielsweise dazu führen, dass vermehrt Förderunterricht angeboten wird.

Beeindruckende Aufbruchstimmung

Die theoretischen Ausführungen wurden abgerundet durch einen Besuch vor Ort, nämlich den Multi Media Berufsbildenden Schulen in Hannover-Laatzten. Die Gespräche mit den Verantwortlichen vermittelten eine beeindruckende Aufbruchstimmung. Zwar wurde eingeräumt, dass zu-

nächst der Zeitaufwand z.B. für die Koordination in den Teams höher sei. Das werde aber aufgewogen durch die größere Entscheidungsfreiheit und höhere Möglichkeit zur Selbstbestimmung. Darüber hinaus waren die Kollegen übereinstimmend der Meinung, dass sich die Qualität des Unterrichts durch dieses Projekt schon jetzt spürbar verbessert habe.

Fazit

Das Fazit aus bayerischer Sicht lautet: Kompetenzzentrum (in Bayern) ist nicht gleich Kompetenzzentrum (in Niedersachsen). Und deshalb hier zum Schluss der Aphorismus, den Niedersachsen seinem Schulversuch vorangestellt hat. „Ich weiß freilich nicht, ob es besser werden wird, wenn es anders wird, ich weiß aber, dass es anders werden muss, wenn es besser werden soll.“ (Georg Christoph Lichtenberg) <

VLB und BLBS im Gespräch mit Kultusminister Schneider:

Antrittsbesuch

HANS KÄFLER

Am 1. August 2005 stellte sich der neue BLBS-Vorsitzende Berthold Gehlert bei Kultusminister Schneider vor. Diese Gelegenheit nahm auch der Landesvorsitzende des VLB wahr, um trotz eines engen Zeitfensters neben den Bundesthemen auch dringende bayerische Probleme anzusprechen.

Entsprechend der länderübergreifenden Perspektive des BLBS standen für Berthold Gehlert die Auswirkungen des Berufsbildungsreformgesetzes in Bayern ganz oben auf der Agenda. Ministerialdirigent Thomé, den der Minister als Leiter der beruflichen Abteilung des KM hinzugezogen hatte, erläuterte, dass das Ministerium bei den Anrechnungsverordnungen für vollzeitschulisch ausgebildete Berufe

weitestgehend auf eine volle Anrechnung der Schulzeiten bestehen würde. Dies gelte für das BGJ/s genauso wie für Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen.

Zur Einbeziehung der berufsschulischen Leistung werde derzeit geklärt, wie die auf dem Kammerzeugnis auszuweisende Berufsschulnote an die Kammern weitergegeben werden könnte. Darüber hinaus berichtete Thomé, dass die Industrie- und Handelskammern gerne die Noten für „Wirtschaft und Recht“ (WISO) von den Berufsschulen übernehmen würden.

Berthold Gehlert wies des Weiteren darauf hin, dass außerhalb Bayerns die Entwicklung der beruflichen Schulen hin zu eigenständigen Kompetenzzentren von Ländern wie Ba-



Diskutierten bundes- und landespolitische Problemfelder der beruflichen Bildung mit Kultusminister Siegfried Schneider (Mitte), Berthold Gehlert (links) und Hans Käfler (rechts).

den-Württemberg oder Niedersachsen stark vorangetrieben werde. Hier verwies der Minister auf den Modellversuch Modus 21 und die bevorstehenden Übertragungsmöglichkeiten der dort konzipierten Maßnahmen.

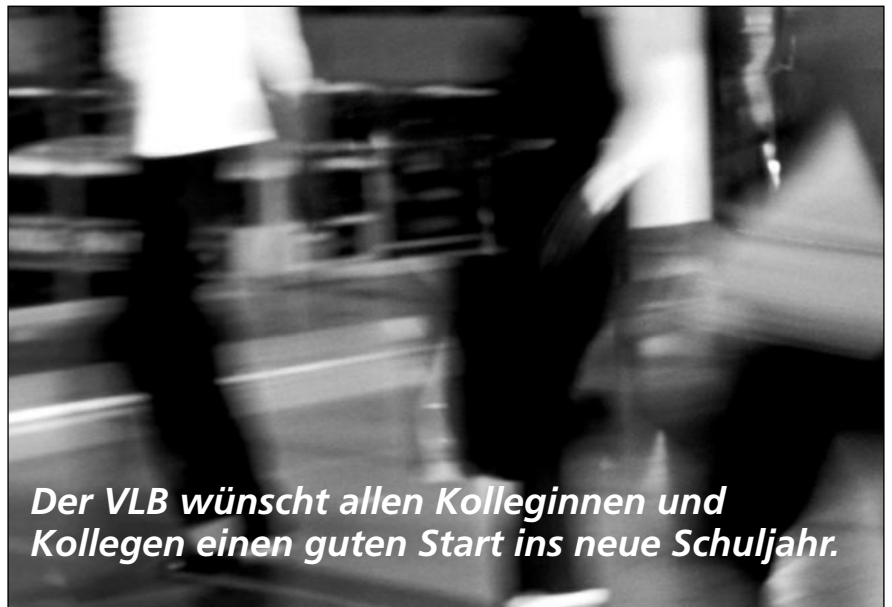
VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler brachte dann die Problematik des eigenverantwortlichen Unterrichts der Referendare im zweiten Halbjahr des ersten Ausbildungsjahres ins Gespräch. Er machte deutlich, dass es an einer Reihe von Seminarschulen zu großen organisatorischen Schwierigkeiten kommen würde und erinnerte den Minister an die Zusage seiner Vorgängerin, Monika Hohlmeier, die bei der Erklärung der Kreuther-Maßnahmen zu Beginn dieses Jahres den Verbänden zugesagt hatte, dass der geplante eigenverantwortliche Unterricht der Referendare in erster Linie der Differenzierung und Individualisierung des Unterrichts dienen sollte. Der Landesvorsitzende forderte, dass bei ausreichender Unterrichtsversorgung die Schulen die zwei eigenverantwortlichen Unterrichtsstunden der Referendare im zweiten Halbjahr flexibel organisieren können sollten, mit dem Ziel einer stärkeren Individualisierung des Unterrichts. Der Minister verwies auf die Verpflichtung des Ministeriums zur Einsparung von Planstellen, wozu auch der eigenver-

antwortliche Unterricht einen zugegebenermaßen geringen Teil beitragen müsse. Im Übrigen wolle er in die diesbezügliche Entscheidung der Abteilung nicht eingreifen. „Verhandeln Sie mit Herrn Thomé weiter“, meinte er abschließend.

Der enge Terminkalender des Kultusministers ließ die Erörterung weiterer Punkte leider nicht mehr zu. Mit Beginn des neuen Schuljahres, wenn die Problemfelder der beruflichen Bil-

dung für alle wieder deutlich sichtbar werden, werden die nicht mehr behandelten Punkte jedoch wieder auf die Tagesordnung kommen.

PS: Leider waren die „Nachverhandlungen“ mit Herrn Thomé nicht sehr erfolgreich. Nach Rücksprache in der Abteilung sah er sich auch drei Tage nach dem Gespräch und nach mehreren Telefonaten mit dem Landesvorsitzenden nicht in der Lage, von der Forderung nach wirklich „eigenverantwortlichem Unterricht“ abzugehen. Als Alternative könne er akzeptieren, wenn an Stelle der zwei Stunden im 2. Halbjahr eine Stunde von Beginn des Schuljahres an geplant würde. Konnten an einer Schule noch nicht alle Teilungsmöglichkeiten umgesetzt werden, so wäre auch ein mit einem Referendar/einer Referendarin geteilter Unterricht eine Alternative. Wegen der unterschiedlichen Verhältnisse an den Schulen wolle er in die Einzelheiten der Organisation vor Ort aber nicht eingreifen. Wesentlich sei, dass die Eigenverantwortlichkeit des Referendars/der Referendarin für diesen Unterricht gegeben sei. Den Schulen bleibe innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen ein gewisser kreativ-gestalterischer Spielraum. *VLB*



Der VLB wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen guten Start ins neue Schuljahr.

Bei Neuwahlen des Bundestages:

Was wird aus dem Gesetz zur Reform der Strukturen des öffentlichen Dienstrechts?



MARION GÖTZ

Am 15. Juni 2005 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Strukturen des öffentlichen Dienstes beschlossen. Laut Informationsschreiben des Bundesministeriums des Innern soll das Gesetz unabhängig von einer möglichen Neuwahl des Bundestages Anfang Juli 2006 in Kraft treten..

Ist dies wünschenswert oder sollten wir auf eine Änderung des Gesetzes im Zuge der Neuwahlen des Bundestages hoffen?

Die Novellierungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) und des Bundesbeamtengesetzes (BBG)

Die Neufassung des BRRG und des BBG soll die Voraussetzungen für ein modernes Personalmanagement schaffen. Ziele sind die Stärkung der Mobilität, Optimierung der personellen Ressourcen und Abbau bürokratischer Hemmnisse. Dem könnten wir m. E. problemlos zustimmen – aber was ist mit der weiteren Ausgestaltung des Gesetzes über diese Schlagworte hinaus.

Hier ist an erster Stelle das Vorhaben zu nennen, den Handlungsspiel-

raum der Länder zu erweitern. Vor allem im Laufbahnrecht wird es den Ländern ermöglicht, sich von den bisherigen einheitlichen Vorgaben des Bundesrechtes zu lösen und eigene, neue Wege zu gehen, etwa vom bestehenden viergliedrigen Laufbahngruppenprinzip abzuweichen, andere Laufbahnen einzurichten bzw. zusammenzufassen. Dazu können die Länder verschiedene Maßnahmen zeitlich befristet erproben. Diese sollen später, falls sie sich als sinnvoll erwiesen haben, bundeseinheitlich umgesetzt werden. D. h., es kommt eine Zeit des Erprobens auf uns zu und damit v. a. für unseren Lehrernachwuchs noch mehr Unsicherheit, als derzeit bereits besteht. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern vergrößern, was im Zuge von Sparmaßnahmen möglicherweise auch negativ genutzt werden könnte.

Als weitere Neuerung im BRRG ist geplant, dass auf Verlangen des Dienstherrn der Eintritt in den Ruhestand aus dringenden dienstlichen Gründen um drei Jahre hinausgeschoben werden kann. Hier bleibt auch zu hoffen, dass dies noch abgeändert wird. Denn gerade in den Mangelfächern wie z. B. Metalltechnik könnten sich Kollegen schnell mit dieser Situation konfrontiert sehen.

Die Neufassung des Bezahlungsstrukturgesetzes

In diesem Bereich kommen die wesentlichsten Änderungen des Dienstrechts zum Ausdruck. Die jetzige Besoldung wird durch eine Grundbezahlung ersetzt, die aus Basisgehalt und einer Leistungsvariablen besteht. Es soll damit ein leistungs- und anforderungsbezogenes, variables Bezahlungssystem etabliert werden. Auch

dem könnte man auf den ersten Blick zustimmen, jedoch muss man auch hier das geplante System genauer betrachten.

Gemäß dem Bezahlungsüberleitungsstrukturgesetz können diejenigen Beamten, die vor dem 30. September 2014 in den Ruhestand treten, auf Antrag weiterhin nach dem bestehenden Bundesbesoldungsgesetz besoldet werden. Dies muss unwiderruflich bis zum 31. März 2008 beantragt werden. Es wird somit über viele Jahre hinweg zwei Besoldungssysteme geben, was einen enormen Verwaltungsaufwand mit sich bringt. Denn schließlich beinhaltet allein das geplante System 25 Bezahlungsebenen und zusätzlich eine individuelle Leistungsvariable in 4 Stufen.

Hinzu kommt eine Flexibilisierung zugunsten der Länder durch Bezahlungsbandbreiten von +/- 5 Prozent sowie eine Öffnung der Ämterordnung im Rahmen eines bundesrechtlichen Rahmens. Die Länder könnten jedoch auch dies als Instrument der Etatsanierung zweckentfremden und eine 5-prozentige Kürzung festschreiben. Dazu gehört auch: Die Öffnung der Ämterordnung ist sehr weit gefasst und könnte von einzelnen Bundesländern missbraucht werden.

Weiterhin lässt das Gesetz eine befristete Änderung der Eingangsbesoldung zu. Sinn soll die Erprobung der Änderungen und der neuen Formen des Laufbahnrechts sein. Damit ist die Gefahr der Aufweichung des Laufbahnrechts konkret gegeben. Langfristig könnten Bestrebungen bestehen, alle Lehrergruppen in einer neuen Laufbahn zusammenzuführen.

Einige Fragen ergeben sich hinsichtlich der neuen Leistungsstufen. Wie beeinflussen die Leistungsstufen die Beurteilung? Sind die Leistungsstufen für die einzelnen Schulen kontingiert? Letzteres würde bedeuten, dass bei einer Normleistungsstufe 2 die Vergabe einer Leistungsstufe 3 oder 4 bei einem weiteren Kollegen unweigerlich zu einer schlechten Leistungsstufe führen wird. Wenn die Höhe des Endgehalts mit dem jetzigen vergleichbar bleiben soll, muss man mindestens Leistungsstufe 2 errei-

chen. Hier kann die Gefahr der Absenkung von Bezügen bestehen. Darüber hinaus wird das bestehende System der Leistungszulagen und -prämien von den Bundesländern bereits jetzt kaum genutzt. Warum sollte das mit dem neuen System anders werden?

Beamtenversorgungsgesetz

Die ruhegehaltstfähige Bezahlung bestimmt sich nicht mehr nach dem letzten Amt, das vor dem Ruhestand bekleidet wurde, sondern nach dem Durchschnitt der in der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit erhaltenen Grundbezahlung. Hiermit soll z. B. der Verheiratetenzuschlag abgeschmolzen wer-

den. Es wird voraussichtlich zu einer Schlechterstellung der Ruhestandsbeamten kommen.

Fazit

Das Gesetz zur Reform der Strukturen des öffentlichen Dienstrechts enthält einige wünschenswerte Ansatzpunkte, wie z. B. den Gedanken der leistungsgerechten Bezahlung mit größeren Differenzierungsmöglichkeiten als bisher. Allerdings sollte man aufgrund der dargestellten bedenklichen Details eventuell doch noch auf eine Abänderung im Zuge der Neuwahlen des Bundestages hoffen. Ob dann jedoch ein unproblematischeres Gesetz zustande kommt, bleibt abzuwarten. <

Die Einschnitte der letzten Jahre und die tief greifenden Umstrukturierungen im Rahmen der Bayerischen Verwaltungsreform haben dem öffentlichen Dienst in letzter Zeit einiges abverlangt. Welche Anforderungen bestehen an einen modernen öffentlichen Dienst und wie verhindert man, dass dabei die Motivation der Beschäftigten auf der Strecke bleibt?

Faltlhauser: „Keine weitere Arbeitszeiterhöhung“

Zu diesen und weiteren Problemen hat sich, nachdem am Vormittag der organisatorische Teil der Sitzung abgeschlossen wurde, der Bayerische Staatsminister der Finanzen Prof. Dr. Kurt Faltlhauser im Anschluss an die einleitenden Worte von Rolf Habermann, Vorsitzender des BBB, mit einem „Sachstandsbericht“ geäußert.

Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) hat eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Derartige Spekulationen seien „völlig aus der Luft gegriffen“, sagte Faltlhauser. Den vom Beamtenbund geforderten Wiedereinstieg der Länder in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für Bund und Kommunen lehnte Faltlhauser aus Kostengründen ab. Im Haushalt gebe es keine Spielräume. Allein 2005 werde Bayern 300 Millionen Euro weniger Steuern einnehmen als ursprünglich erwartet.

Die Begeisterung der Delegierten hielt sich „spürbar“ in Grenzen.

Habermann: Unerträgliche Willkür bei der Wochenarbeitszeit

BBB-Chef Rolf Habermann warf der Staatsregierung vor, mit unterschiedlichen Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst eine „unerträgliche Rechtszersplitterung“ verursacht zu haben – 42 Stunden für Landesbeamte und neue Angestellte, 40 Stunden für Bundesbeamte und 38,5 Stunden für alte Angestellte. Habermann forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Der Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) stellte fest, dass

- auf dem Gebiet der Besoldung in Folge der 2003 beschlossenen Öff-

BBB-Hauptausschuss tagte in München:

„Zukunft sichern – Perspektiven schaffen!“

Wie geht es weiter mit der Beamtenversorgung? Was wird aus der grundlegenden Reform des Beamtenrechts? Um diese und weitere Fragen der aktuellen Politik zu erörtern, traf sich am 13. Juli 2005 der Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) zu seiner jährlichen Sitzung. Rund 200 Delegierte –

darunter die VLB-Vertreter Dr. Angelika Rehm, der Landesvorsitzende Hans Käfler und das Hauptvorstandsmitglied Wolfgang Lambl – aus allen Sparten des öffentlichen Dienstes, die aus ganz Bayern anreisten, trafen sich unter dem Motto „Zukunft sichern – Perspektiven schaffen!“



MdL Ingrid Heckner in vertrauter Runde mit „ihrem“ VLB.

nungsklausel für das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, ursprünglich als 13. Gehalt konzipiert, eine unerträgliche Rechtszersplitterung eingetreten ist,

- auf dem Gebiet der Wochenarbeitszeit Willkür herrscht mit der Folge, dass Beamte des Freistaates Bayern und der bayerischen Kommunen 42 Stunden, die des Bundes 40 Stunden, Arbeitnehmer des Bundes 39 Stunden, Arbeitnehmer des Landes 38,5 oder 42 Stunden, Arbeitnehmer der Kommunen 38,5 einhalb Stunden arbeiten,
- Beamten und Arbeitnehmern des Landes die tarifvertraglich vereinbarten Einmalzahlungen versagt bleiben.

An dieser nicht mehr hinnehmbaren Rechtszersplitterung hat die Bayerische Staatsregierung maßgeblichen Anteil. Sie hat mit der einseitigen und treuwidrigen Arbeitszeitverlängerung 1994 diese Entwicklung eingeleitet und in der Folgezeit durch weitere einseitige Maßnahmen wie der nochmaligen Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden ab 1. September 2004 ein weiteres Auseinanderlaufen von Besoldung und Arbeitszeit in Bund und Ländern bewirkt.

Finanzminister Faltlhauser versprach, die Beschäftigten „gut und gerecht“ zu behandeln. In den Mienen der Delegierten konnte man die Gedanken dazu ablesen. <

Der „Prüfungspool“: „Wer erhält wofür wie viel?“ Überlegungen zu möglichen Vergabekriterien

Durch die Einrichtung eines zweckgebundenen Stundenpools an jeder Berufsschule, aus dem Ausgleichsstunden für die Teilnahme von Lehrkräften an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern vergeben werden, wurde der (Haupt-)Forderung vieler Kolleginnen und Kollegen, Rechnung getragen. Wegen der Vielfältigkeit möglicher Fallkonstellationen hat das Ministerium von Vorgaben abgesehen, wie an der einzelnen Schule die Stunden aus dem Pool an die Lehrkräfte zu vergeben sind.

Die Ausstattung des Stundenpools errechnet sich nach der Zahl der Prüfungsteilnehmer an der einzelnen Berufsschule. Je Prüfling fließt also eine Unterrichtsstunde in den Pool.

Über den zeitlichen Umfang und die Verteilung der Prüferbelastung gibt es an allen Schulen entsprechende „Erfahrungswerte“, welche als Planungsgrößen bei der Verteilung als Grundlage herangezogen werden können.

Dabei kann beispielsweise die Art und der Umfang der Beteiligung der Lehrkräfte an den Berufsabschlussprüfungen sowie die unterschiedlichen Entschädigungsleistungen durch die Kammern Berücksichtigung finden.

Aus der Sicht der Fachgruppe Personalvertretung und des Arbeitskreises Schulleitung im VLB sind z. B. folgende Vergabevarianten möglich:

Vorausrechnung

Ist zum Schuljahresbeginn vorhersehbar, dass

- a) die Jahressollstunden eingebracht werden und
- b) eine Mitwirkung bei den Berufsabschlussprüfungen vorgesehen ist, ist eine zeitliche Entlastung im Vor-

Der HPR informiert

Landtagseingabe des Hauptpersonalrates erfolgreich:

Beförderungsmöglichkeiten für Realschullehrer an beruflichen Schulen

Kolleginnen und Kollegen mit dem Lehramt an Realschulen, die an beruflichen Schulen unterrichten, konnten bisher selbst bei ausgezeichneten Beurteilungen aufgrund laufbahnrechtlicher Vorgaben nicht befördert werden. Der Hauptpersonalrat für die beruflichen Schulen hat deshalb eine entsprechende Eingabe an den Landtag gerichtet, welche am 7. Juni 2005 behandelt wurde.

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus teilte dem Ausschuss mit, dass beabsichtigt ist, dem Anliegen wie folgt Rechnung zu tragen: In Abweichung von den für die staatlichen beruflichen Schulen geltenden Beförderungsrichtlinien sind die Realschullehrkräfte an staatlichen beruflichen Schulen, welche die Prüfung vor dem Landespersonalausschuss erfolgreich abgelegt haben, drei Jahre nach Erwerb der Laufbahnbefähigung bei Vorliegen entsprechender Beurteilungen nach Besoldungsgruppe A 14 zu befördern. Erforderliche

Stellenhebungen sind kostenneutral ab dem Haushalt 2007 darzustellen. Der Ausschuss nahm dies zustimmend zur Kenntnis.

Damit besteht nun für qualifizierte und engagierte Kolleginnen und Kollegen mit dem Lehramt an Realschulen, die an beruflichen Schulen unterrichten, die Beförderungsmöglichkeit nach A14. Für die Unterstützung sei den Damen und Herren Abgeordneten des Ausschusses Öffentlicher Dienst, namentlich MdL Prof. Dr. Walter Eykmann, MdL Eduard Nöth, MdL Dr. Christoph Rabenstein und MdL Adi Sprinkart gedankt.

Damit ist ein vom VLB und dem Hauptpersonalrat beharrlich verfolgtes Anliegen für die Realschullehrkräfte an beruflichen Schulen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden. Den nun möglichen Beförderungen werden Haupt- und Bezirkspersonalräte sicherlich freudig zustimmen. <

griff aus dem „Prüfungspool“ möglich.

Ausgleich- und Übertragsanrechnung

Wird am Schuljahresende festgestellt, dass

- a) ein Minussaldo vorhanden ist und
- b) eine Mitwirkung bei den Berufsabschlussprüfungen erfolgte, ist das Minussaldo auszugleichen und es sind eventuelle Mehrstunden in das nächste Schuljahr zu übertragen.

Bei der Festlegung von Vergabekriterien durch den Schulleiter wird vom Ministerium die Einbeziehung der Personalvertretung empfohlen.

Beide haben dafür Sorge zu tragen, dass die Vergabekriterien möglichst objektiv und transparent für die Kolleginnen und Kollegen angewendet werden.

Wolfgang Lambl

BBB-Präsident Heesen bezieht Stellung:

Horrorszenarien bei Altersversorgung sind ohne Realitätsbezug

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat vor einer „Neiddebatte“ beim Thema Altersversorgung gewarnt. Der dritte Versorgungsbericht der Bundesregierung, der eine Ausgabenexplosion in den nächsten 35 Jahren erwartet, gehe von einer linearen Steigerung der Einkommen aus, sagte Heesen der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 20. Juni 2005). „Wir leisten aber mit der Aussetzung von prozentualen Einkommenssteigerungen einen deutlichen Beitrag zu einer Entwicklung der Kurven nach unten. Deshalb schrecken mich diese Varianten nicht“, fügte der dbb Chef hinzu. „Die kann man zwar machen, weil man daran wunderbar Neiddebatten und Horrorszenarien darstellen kann - die werden aber mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben.“

Seit 1990 sei nach jeder Rentenreform auch eine Versorgungsrechtsreform gemacht worden, „stets mit dem Ziel der wirkungsgleichen Übertragung“, sagte Heesen. „Dem Versorgungsempfänger sollten die gleichen Belastungen zugemutet werden wie dem Rentner. Alles andere wäre ungerecht. Dann darf man sich aber nicht noch an anderer Stelle bedienen.“ Der dbb habe in den vergangenen Jahren die Hand zu vernünftigen Reformen gereicht, die auch Sparmaßnahmen beinhalteten. „Das würde ich dann nicht mehr machen“, kündigte Heesen mit Blick auf Forderungen einiger Politiker an, Pensionen um ein Sechstel zu kürzen. Dies wäre ein Grund für Fundamentalopposition, stellte Heesen klar: „Dann gibt es keine gemeinsamen Gespräche zur Umgestaltung des öffentlichen Dienstrechts mehr.“

Das ganze Interview unter http://www.dbb.de/htm/13_730_DEU_HTML.htm

Wolfgang Lambl



Die Stadt Regensburg sucht für das Berufliche Schulzentrum
Georg Kerschensteiner – Berufliche Schule II für Ernährungs-, Textil-, Bau-, Holz-, Farbe- und gestaltende Berufe sowie Fachakademie für Hauswirtschaft
– zu Beginn des 2. Schulhalbjahres 2005/2006

eine Schulleiterin / einen Schulleiter

(Oberstudiendirektorin / Oberstudiendirektor A 16)

Die Berufliche Schule II wird von ca. 2.800 Schülerinnen/Schülern der Ausbildungsrichtlinien Ernährungs-, Textil-, Bau-, Holz-, Farb- und gestaltende Berufe sowie der Fachakademie für Hauswirtschaft besucht.

Erwartet wird die Bereitschaft, eine zeitgemäße Schulentwicklung innovativ zu gestalten und die Fähigkeit zu analytischem, strategisch ausgerichtetem Denken, Organisationstalent, Kommunikationsvermögen sowie überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft.

Es können sich gut qualifizierte Lehrkräfte des höhern Dienstes mit der Befähigung für das Lehramt an Beruflichen Schulen in einer der Ausbildungsrichtung der Schule einschlägigen Fachrichtung bewerben. Erfahrung in einer Schulverwaltungsfunktion ist nachzuweisen.

Die Schulleitung wird im Beamtenverhältnis auf Probe (Art. 32 b BayBG) übertragen. Die Probezeit beträgt in der Regel 2 Jahre.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht. Die Stadt Regensburg berücksichtigt Kompetenzen aus Familienarbeit und sozialer Tätigkeit bei Personalentscheidungen. Aussagen hierzu sind in der Bewerbung erwünscht.

Bewerbungen mit aussagefähigen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Arbeitszeugnisse etc.) bitten wir bis spätestens 7. Oktober 2005 an die Stadt Regensburg, Personalamt, Postfach 11 0643, 93019 Regensburg zu senden.

Informationen können Sie auch im Internet unter www.regensburg.de/aktuelles abrufen.

Neue Wege in der Lehrerbildung:

Modellversuch Diplomstudiengang „Berufspädagogik“ an der TUM

MICHAEL VÖGELE

Seit dem Wintersemester 2004/2005 erfolgt an der Technischen Universität München die Ausbildung von Lehrkräften in den beruflichen Fachrichtungen Bautechnik, Elektrotechnik- und Informationstechnik sowie Metalltechnik in einem Diplomstudiengang¹. Den Absolventen wird somit ermöglicht, den akademischen Grad „Diplom-Berufspädagogin“ bzw. „Diplom-Berufspädagoge“ zu führen. Entsprechend einer Vereinbarung zwischen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und der Technischen Universität München wird der Abschluss des Diplomstudiengangs mit der ersten Staatsprüfung gleichgestellt.

Bei dieser Abkehr vom einem Studium entsprechend der Lehramtsprüfungsordnung (LPO I) mit einem abschließenden Staatsexamen handelt es sich um einen bisher bis zum Wintersemester 2006/2007 genehmigten Modellversuch². Anschließend wird basierend auf den Erfahrungen entschieden, ob die anderen an der TUM angebotenen Lehramtsstudiengänge für berufliche Schulen in den Fachrichtungen Agrarwirtschaft, Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft sowie Gesundheits- und Pflegewissenschaft ebenfalls in einen Diplomstudiengang überführt werden können, oder ob, und dies stellt die wahrscheinlichere Option dar, alle beruflichen Fachrichtungen im Rahmen von Master-Studiengängen absolviert werden. Der Diplomstudiengang wäre dann Erfahrungsgrundlage für den zu konzipierenden Master-Studiengang.

Ziele des Diplomstudiengangs „Berufspädagogik“

Mit der Einführung des Diplomstudiengangs in den angeführten berufli-

chen Fachrichtungen werden Qualität und Attraktivität des Studiums für das Lehramt an beruflichen Schulen erhöht. Dies bezieht sich vor allem auf die Aspekte Polyvalenz, Flexibilität und Doppelqualifikation.

Polyvalenz in einem Lehramtsstudium ist aus zwei unterschiedlichen Perspektiven bedeutsam: Zum einen haben die Erfahrungen gezeigt, dass sich die Berufsaussichten für angehende Lehrkräfte im Laufe eines Studiums massiv verändern können. Hiefür können beispielsweise Sondermaßnahmen, Arbeitszeitverlängerungen oder konjunkturelle Gründe angeführt werden. Auf der anderen Seite liegen die Gründe bei den Studierenden selbst. Erfahrungen in den Praktika können den Berufswunsch in einem anderen Licht erscheinen lassen. Deshalb will das Studium sowohl für den Beruf der Lehrkraft an den unterschiedlichsten beruflichen Schulen qualifizieren, als auch auf Tätigkeiten in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung oder auf Ingenieurstätigkeiten vorbereiten.

Wichtiger Grund für eine Flexibilisierung des Studiums sind rasante technologische Änderungen in der Berufswelt. Eine für ein einschlägiges Lehramtsstudium an einer Universität konzipierte, offen formulierte Prüfungsordnung ist leicht modifizierbar und zudem an das Profil dieser Universität angepasst. Flexibilität will auch heißen, dass eine Individualisierung bestimmter Studienbereiche ermöglicht wird. So stehen beispielsweise in der beruflichen Fachrichtung Elektrotechnik und Informationstechnik den Studierenden 18 Wahlpflichtfächer bzw. universitäre Praktika zur Verfügung, aus denen mindestens fünf belegt werden müssen.

Bei einer Doppelqualifikation werden zwei akademische Abschlüsse er-

möglicht. Neben dem Abschluss des Diplom-Berufspädagogen kann ein Diplom- bzw. Bachelor- oder Master-Abschluss (Bachelor of Science, Master of Science) erreicht werden. Dies kann in den Kombinationen der beruflichen Fachrichtung Bautechnik mit dem Unterrichtsfach öffentliche Infrastruktur, Elektrotechnik und Informationstechnik mit IT-Technik oder Mechatronik oder Metalltechnik mit Mechatronik erfolgen. Neben den Lehrveranstaltungen im Studiengang Berufspädagogik müssen hierzu ausgewählte Lehrveranstaltungen aus den Diplom- bzw. Bachelor- und Master-Studiengängen belegt werden. Umgekehrt gilt dies auch für Studierende der Ingenieurwissenschaften. Diese können durch das Ableisten der Praktika (siehe unten) und ausgewiesener Lehrveranstaltungen vor allem der Sozialwissenschaften und Fachdidaktiken zusätzlich den Titel Diplom-Berufspädagogin bzw. Diplom-Berufspädagoge erlangen.

Aufbau des Diplomstudiengangs

Die Konzeption des Studiengangs mit den einzelnen Studienbereichen und dem zeitlichen Anteil entsprechend der Semesterwochenstunden (SWS), zeigt Abbildung 1.

Wie bei einem Studium für ein Lehramt an beruflichen Schulen gemäß Lehramtsprüfungsordnung sind unterschiedlichste Kombinationen beruflicher Fachrichtungen und Unterrichtsfächer möglich. So können die angeführten beruflichen Fachrichtungen im Rahmen einer Diplomprüfungsordnung mit den Unterrichtsfächern Chemie, Informatik, IT-Technik, Mathematik, Mechatronik, Physik oder Soziologie kombiniert werden. Weitere Unterrichtsfächer wie beispielsweise Religion, Deutsch, Englisch können ebenfalls kombiniert und in die Diplomnote mit einbezogen werden.

Die Bezeichnung Sozialwissenschaften weist auf die polyvalente Ausrichtung hin. Neben den Schwerpunkten Pädagogik und Psychologie sind unter anderem Veranstaltungen der Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre integriert.

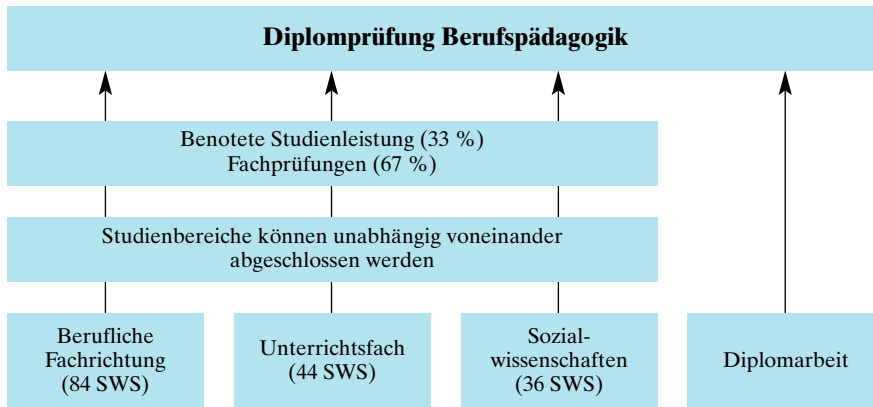


Abbildung 1: Aufbau des Diplomstudienganges „Berufspädagogik“; weitere Erläuterungen im Text

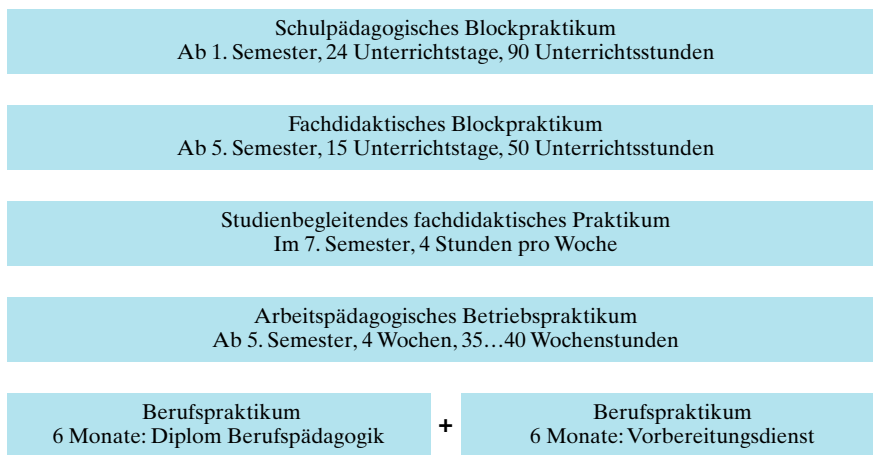


Abbildung 2: Abzuleistende Praktika im Diplomstudiengang „Berufspädagogik“

Die Prüfungsleistungen in den drei Studienbereichen Berufliche Fachrichtung, Unterrichtsfach und Sozialwissenschaften bilden sich zu einem Drittel aus benoteten Studienleistungen. Diese sind studienbegleitend und werden am Ende einer besuchten Lehrveranstaltung erbracht. Zwei Drittel der Prüfungsnote in einem Studienbereich werden durch Fachprüfungen ermittelt. Diese finden geblockt nach Abschluss aller erfolgreich abgelegten Prüfungsleistungen und geforderten Praktika eines Studienbereichs statt. Die drei Studienbereiche können zeitlich unabhängig voneinander abgeschlossen werden. Die Berufliche Fachrichtung geht mit 44%, das Unterrichtsfach mit 24%, die Sozialwissenschaften mit 19% und die Diplomarbeit mit 13% in die Diplomnote ein.

Praktika im Diplomstudiengang

Durch die in Abbildung 2 angeführten Praktika erfolgt eine vielfältige Einbindung der Studierenden in die Praxis an Schulen und in Betrieben.

Wichtigstes Ziel des Schulpädagogischen Blockpraktikums ist eine frühzeitige Überprüfung der Studienwahl bzw. des Berufswunsches. In dieses Praktikum gehen das Orientierungspraktikum und das schulpädagogische Blockpraktikum nach LPO I ein. Das fachdidaktische Blockpraktikum und das studienbegleitende fachdidaktische Praktikum wurden der LPO I entnommen, das Arbeitspädagogische Betriebspraktikum dem bisher bestehenden Ergänzungsstudium „Diplom-Berufspädagogin bzw. Diplom-Berufspädagoge“³. Eine weitere Besonderheit des Diplomstudienganges stellt das Berufspraktikum dar. Für den Abschluss

Diplom-Berufspädagogin bzw. Diplom-Berufspädagoge und die Wahrnehmung betrieblicher Tätigkeiten beträgt es sechs Monate. Für die Gleichstellung des Diplomabschlusses mit der ersten Staatsprüfung und somit für den Eintritt in den Schuldienst sind weitere sechs Monate nötig. Auf dieses Berufspraktikum kann eine abgeschlossene Berufsausbildung angerechnet werden, über die rund drei Viertel der Studierenden verfügen.

Erste Erfahrungen

Die in den ersten beiden Semestern gemachten Erfahrungen mit dem Diplomstudiengang „Berufspädagogik“ sind positiv. Dies bezieht sich auf Aussagen von Studierenden und Lehrenden. Einige Studierende des bisherigen Staatsexamens-Studienganges machten von der Möglichkeit Gebrauch, nachträglich in den Diplomstudiengang zu wechseln. Die von den Studierenden geäußerten kritischen Stimmen beziehen sich vor allem auf die im Vergleich mit dem Staatsexamen erhöhte Prüfungsbelastung während des Studiums. Die Anrechnung dieser studienbegleitenden Prüfungsleistungen auf die Diplomnote reduziert auf der anderen Seite die Belastung bei der Abschlussprüfung (Fachprüfung). Studienbegleitend abgeprüfte Lerninhalte werden in den Fachprüfungen nicht nochmals geprüft. <

¹ Fachprüfungsordnung des Studienganges unter: http://www.zll.ze.tum.de/download/FPO_DBPg_WWW_05-07-07.pdf und Anlagen zur Fachprüfungsordnung unter: http://www.zll.ze.tum.de/download/FPO_DBPg_WWW_05-07-07_Anlagen.pdf

² Im Bereich Wirtschaft und Verwaltung werden die Diplom-Handelslehrer bereits seit langem erfolgreich in einem Diplomstudiengang ausgebildet.

³ Bei dem Diplomstudiengang „Berufspädagogik“ handelt es sich um einen grundständigen Studiengang. Dieser ist nicht identisch mit dem Ergänzungsstudium gleicher Bezeichnung, der im Anschluss an das erste Staatsexamen fakultativ seit 1996 angeboten wird. Vgl. hierzu: <http://www.zll.ze.tum.de/diplom/index.html>

Bamberger Forschungsprojekt:

Ansichten von Unterrichtsexperten zu Planung und Durchführung von Buchführungsunterricht

JÜRGEN SEIFRIED

Nach dem „PISA-Schock“ gibt es vielfältige Überlegungen, wie man die universitäre Lehreraus- und Lehrerweiterbildung verbessern kann. Ein Weg hierzu wird in der Erforschung subjektiver Theorien und Konzepte von (angehenden) Lehrpersonen gesehen (siehe z. B. Langfeldt & Nieder 2004). In diesem Zusammenhang ist davon auszugehen, dass Einstellungen und Überzeugungen eine handlungsleitende Funktion zukommt.

Für den kaufmännischen Bereich ist diesbezüglich insbesondere für den Buchführungsunterricht ein Forschungsdefizit auszumachen: Man weiß nur wenig darüber, was Lehrpersonen über den Buchführungsunterricht denken, wie sie diesen planen, wie sie den Lernerfolg feststellen etc.

In einem Forschungsprojekt des Bamberger Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik stehen daher buchführungsunterrichtsbezogene Denkweisen und Auffassungen von Unterrichtsexperten im Mittelpunkt. In einer Online-Umfrage (siehe Abb. 1) wird derzeit erhoben, wie Lehrerinnen und Lehrer Buchführungsunterricht planen, welche Unterrichtsmethoden sie einsetzen, welche Bedeutung sie der systematischen Vermittlung der Lerninhalte beimessen u. v. a. m. Das Forschungsprojekt knüpft an die Bamberger Untersuchungen zur Gestaltung von Buchführungsunterricht an (Seifried & Sembill 2004). Während bisher jedoch die Lernprozesse von Schülerinnen und Schülern im Mittelpunkt standen, geht es nun darum, das Denken und Handeln von Lehrpersonen in den Blick zu nehmen. <

	trifft gar nicht zu	trifft nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft zu	trifft völlig zu
sollen die Schüler mit den Grundkonzepten der Buchführung vertraut gemacht werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
soll man systematisch vorgehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
soll man lieber wenige Lerninhalte gründlich als viele Inhalte oberflächlich behandeln.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sollten Schüler mit Problemlösetechniken vertraut gemacht werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
soll geübt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
müssen Schüler nicht alle Begründungen und Zusammenhänge verstehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
soll man möglichst oft Gruppenunterricht verwenden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sollen die Schüler selbstständig lernen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Abb.1: Auszug aus dem Online-Fragebogen

Ihre Expertenmeinung ist gefragt!

Bamberger Forschungsprojekt zum Thema „Planung von Buchführungsunterricht“

Der Bamberger Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik führt derzeit eine Online-Befragung durch, bei dem es um Ihre Ansichten zur Planung und Durchführung von Buchführungsunterricht geht. Dabei sind wir darauf angewiesen, dass uns Lehrer, die Buchführungsunterricht erteilen, aus ihrer Praxis mit ihren Auskünften helfen. Dabei spielt es selbstverständlich keine Rolle, wie lange Sie bereits Buchführung unterrichten.

Das Ausfüllen des Online-Fragebogens nimmt ungefähr 30 Minuten in Anspruch. Bitte öffnen Sie hierfür einfach den Link

<http://online.baces.uni-bamberg.de/uc/bfu>

in Ihrem Browser und folgen Sie den Anleitungen. Selbstverständlich werden Ihre Angaben vertraulich behandelt.

Wenn Sie möchten, können Sie den Fragebogen auch unter dem Link

<http://wipaed.sowi.uni-bamberg.de/download-pdf/fragebogen.pdf>

herunterladen, per Hand ausfüllen und per Post an uns zurücksenden.

Kontaktadresse:

Dr. Jürgen Seifried, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik,
Otto-Friedrich-Universität
Bamberg, Kapuzinerstr. 25,
96047 Bamberg,
E-Mail: juergen.seifried@sowi.uni-bamberg.de,
Telefon: 09 51 / 8 63-27 65



Bachelorabschluss qualifiziert nicht für Lehrerberuf

Den Beschlüssen von Bologna (1999) und Berlin (2003) folgend, wird in Deutschland derzeit das System von Magister- und Diplomstudiengängen auf das der Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Der Deutsche Lehrerverband, der Allgemeine Fakultätentag, der Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultätentag, der Philosophische Fakultätentag und der Deutsche Hochschulverband stellen fest, dass die Einführung der gestuften Studiengänge im Zuge des so genannten Bologna-Prozesses geeignet sein kann, die Mobilität der Studierenden zu fördern und die internationale Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen zu erleichtern.

Nach Auffassung der genannten Verbände und wissenschaftlichen Vereinigungen darf die Umgestaltung der Lehramtsstudiengänge zu einer Struktur nach dem Bachelor-/Master-Modell aber nicht zu Qualitätsverlusten in der Lehrerausbildung führen. Eine Absenkung des fachwissenschaftlichen und pädagogischen Ausbildungsniveaus, das gegenwärtig durch das Staatsexamen garantiert wird, muss verhindert werden. Der Deutsche Lehrerverband und seine Mitgliedsverbände legen zudem entschieden Wert darauf, dass das Staatsexamen als Abschluss des Lehramtsstudiums erhalten bleibt. Qualitätssicherung bedeutet außerdem Schulformbezug der gesamten Lehrerbildung.

Der hohe Qualitätsstandard, den die Gesellschaft zu Recht von einem zum Beruf des Lehrers ausbildenden Studium erwartet, ist durch einen Bachelorstudiengang allein nicht zu gewährleisten. Nur ein Masterabschluss einer Universität oder Technischen

Hochschule vermittelt die Voraussetzungen zum Lehrerberuf. Ein dreijähriges grundständiges Bachelor-Studium ist für die hohen Anforderungen

des Lehrerberufs weder fachwissenschaftlich noch im Blick auf die Aneignung pädagogischer Kenntnisse und Fertigkeiten ausreichend. Für Bachelor-Absolventen in den akademischen Disziplinen der gegenwärtigen Lehramtsstudiengänge gibt es weder ein geeignetes pädagogisches Berufsbild noch einen Arbeitsmarkt. <

Die Resolution Lehrerbildung wird von folgenden Institutionen getragen:

Allgemeiner Fakultätentag (AFT)

Präsident: Universitätsprofessor Dr. Reinhold R. Grimm (Tel.: 0 36 41 / 94 46 10)

Deutscher Hochschulverband (DHV)

Präsident: Universitätsprofessor Dr. Bernhard Kempen
(Tel.: 02 28 / 9 02 66-66)

Deutscher Lehrerverband (DL)

Präsident: Josef Kraus (Tel.: 0 87 41 / 9 65 20)

Mathematisch-Naturwissenschaftlicher Fakultätentag (MNFT)

Vorsitzender: Universitätsprofessor Dr. Gernot Stroth (Tel.: 03 45 / 5 52 46 10)

Philosophischer Fakultätentag (PhFT)

Stellvertretender Vorsitzender: Universitätsprofessor Dr. Udo Scholz
(Tel.: 09 31 / 31 27 69)

Ferner von den Mitgliedsverbänden des Deutschen Lehrerverbandes (DL):

Deutscher Philologenverband (DPHV)

Vorsitzender: Heinz-Peter Meidinger

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)

Vorsitzender: Berthold Gehlert

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)

Vorsitzender: Dr. Wolfgang Kehl

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

Vorsitzender: Albert Obert

Silberstreif am Horizont:

Finanzierung von 50 zusätzlichen Stellenäquivalenten

WOLFGANG LAMBL

Beim Lesen der Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 29. Juni 2005 rief sich mancher die Augen. So war zu lesen: Schülerzuwachs an Fach-

oberschulen und Berufsoberschulen setzt sich fort – Kultusminister Schneider: „Unterrichtsversorgung auch im nächsten Schuljahr gesichert“ – Finanzierung von 50 zusätzlichen Stellenäquivalenten“.

„Angesichts der angespannten Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarktsituation streben die jungen Menschen heute zunehmend eine qualifizierte schulische Ausbildung an. So ist allein im Bereich der Fachoberschulen (FOS) und Berufsoberschulen (BOS) gegenüber der Schülerprognose ein Zuwachs von mehr als 2 200 Schülerinnen und Schülern zu verzeichnen“, berichtete Kultusminister Siegfried Schneider am Dienstag im Kabinett.

Damit steigen die Schülerzahlen an Fach- und Berufsoberschulen kontinuierlich weiter an. Bereits zum laufenden Schuljahr hatten sich an Fachoberschulen 9,6 Prozent mehr Jugendliche angemeldet als im Vorjahr, an den Berufsoberschulen waren es 5,6 % mehr. Zum Schuljahr 2005/2006 beläuft sich der Zuwachs an staatlichen Fachoberschulen auf nochmals 12,5 %, an Berufsoberschulen auf 10,2 %.

Zur Sicherung des Unterrichts für diese Schülerinnen und Schüler ist ein Mehrbedarf von 65 Stellen erforder-

lich. Durch interne organisatorische Maßnahmen können 15 Stellenäquivalente erwirtschaftet werden. Außerdem haben sich das Kultusministerium und das Finanzministerium nun im Rahmen der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt auf die Finanzierung von 50 zusätzlichen Stellenäquivalenten geeinigt. „Ich danke dem Finanzministerium für diesen Kraftakt. Damit können wir die Unterrichtsversorgung an den Staatlichen Fachoberschulen und Berufsoberschulen auch für das Schuljahr 2005/2006 sicherstellen“, so Schneider.

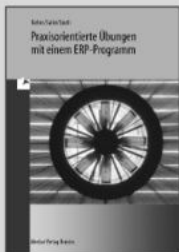
Der große Zulauf an Fachoberschulen und Berufsoberschulen zeige auch, so der Minister, dass das bayerische Schulsystem inzwischen eine nie da gewesene Durchlässigkeit aufweise. „Damit unterstützen wir das veränderte Bildungsverhalten. Heute kann man in Bayern von der Hauptschule bis zum Abitur gehen. Es gibt an Bayerns Schulen keinen Abschluss ohne weiterführenden Anschluss“, betonte Schneider.

Gibt es sie doch noch, die positiven Nachrichten?

Kaum zu glauben, aber wahr – Kultusminister Siegfried Schneider und Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser stellen Haushaltsmittel für 50 zusätzliche Stellen für den Personalbedarf an Fachober- und Berufsoberschulen zur Verfügung. Nach den zusätzlichen Haushaltsmitteln für die nebenberuflichen Lehrkräften von 2,5 Millionen Euro und die „Bereitstellung“ von Verwaltungskräften – zumindest für ein Jahr ohne Anrechnungsstunden – ist dies eine weitere erfreuliche Entwicklung. Es scheint doch so, dass doch einige der Argumente von Verbandsvertretern, den Hauptpersonalräten und den Abgeordneten des Bayerischen Landtages auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Was lernen wir daraus? „Gegen gute Argumente ist eben kein Kraut gewachsen!“ <

Für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Bayern zugelassen:



Kerber | Sailer | Speth Praxisorientierte Übungen mit einem ERP-Programm

2. Auflage 2005
120 Seiten spiralt | 8,00 EUR ■ |
ISBN 3-8120-0509-3
Daten- und Lösungs-CD:
8,00 EUR ■ | ISBN 3-8120-3509-X

Für das Fach „Übungen zur BWL mit
Rechnungswesen“



Speth | Kerber | Sailer | Härter | Hartmann | Waltermann BWL mit Rechnungswesen für FOS und BOS

1. Auflage 2004
520 Seiten | 29,00 EUR |
ISBN 3-8120-0505-0
Lösungen:
22,00 EUR ■ | ISBN 3-8120-3505-7

Wichtig:
Die Übungsaufgaben richten sich
inhaltlich an der Art der Aufgaben-
stellung aus, wie sie in der Ab-
schlussprüfung verlangt wird.



Hartmann Volkswirtschaftslehre für FOS

4. Auflage 2005
335 Seiten | 19,00 EUR | ISBN 3-8120-0492-5
Lösungen: 8,00 EUR ■ | ISBN 3-8120-3492-1

In dieser 4. Auflage wurden überholte Texte
durch aktuelle ersetzt. Die statistischen
Zahlen und Bildstatistiken wurden auf den
neuesten Stand gebracht.

Merkur 
Verlag Rinteln

31735 Rinteln
Fon: 05751 9503-23 Fax: 05751 9503-44
Net: www.merkur-verlag.de

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz (JOA):

Beschulung der Jugendlichen neu definieren

AUGUST DEINBÖCK/CLAUDIA ROMER

Steigende Zahlen bei den Schulabgängern und sinkende Zahlen bei den Lehrstellenangeboten bedingen eine immer größer werdende Zahl von schulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungsstelle. Neu dabei ist, dass nunmehr auch Jugendliche mit gutem Hauptschulabschluss und teilweise auch mit dem qualifizierenden Hauptschulabschluss keine Lehrstelle mehr finden. Nur ein kleiner Teil der Schulabgänger ohne Lehrstelle kann in vollzeitschulischen Berufsfachschulen oder einem Berufsvorbereitungsjahr (BVJs) ausgebildet werden. Der weitaus größte und ständig steigende Anteil der Schüler ohne Lehrstelle muss nach wie vor die Schulpflicht in Teilzeitklassen an den Berufsschulen erfüllen.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus regte deshalb zur Professionalisierung des Ausbildungsangebots und zur Unterstützung der Kollegen vor Ort einen Arbeitskreis am ISB an, der für das kommende Schuljahr einige, zum Teil sehr innovative, Arbeitsergebnisse anbieten kann. Im Folgenden sind die neuen Ansätze dargestellt, die künftig auch in ausführlicher Form auf der Internetseite des ISB sowie unter www.joa.bayern.de allgemein zugänglich sein werden.

Zielsetzung der Beschulung von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz

Vorrangiges Ziel der Beschulung von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ist die Vermittlung von Berufs- bzw. Arbeitsplatzreife. Der schulische Unterricht und die zugehörigen praktischen Tätigkeiten sollen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, in der Arbeitswelt zu bestehen und möglichst gute Chancen zu erwerben, um eine feste Arbeitsstelle oder

einen passenden Ausbildungsplatz zu bekommen. Der Unterricht soll zur Stärkung der Persönlichkeit beitragen, damit die Schülerinnen und Schüler auch ihr Leben in der Gemeinschaft bewältigen können.

Um die Bewerbungschancen zu erhöhen, sollen möglichst beruflich verwertbare Qualifikationen angeboten werden, die dem potenziellen Ausbildungsplatzanbieter zeigen, dass der Bewerber bereits in der Branche einschlägige Qualifikationen erworben hat. Eine weitere Möglichkeit bieten Teilqualifikationen, welche u. U. auf die entsprechende Ausbildung angerechnet werden können – ähnlich den Qualifizierungsbausteinen (www.zwh.de) der Kammern. Der Unterricht soll dabei modular aufgebaut werden, so dass zertifizierbare Einheiten (sowohl in der fachlichen als auch in der persönlichkeitsbildenden Qualifikation) entstehen. Diese Bereiche sind im Folgenden beschrieben:

Berufsfeldübergreifende und persönlichkeitsbildende Qualifikationen

Berufsfeldübergreifende Qualifikationen verhelfen den Jugendlichen zu Kompetenzen, die zwar auf beruflich verwertbare Inhalte abzielen, aber nicht einem bestimmten Berufsfeld zugeordnet werden können. Hier finden sich vor allem Inhalte, die der Allgemeinbildung dienen und grundlegende berufliche Handlungsfähigkeiten vermitteln.

Persönlichkeitsbildende Qualifikationen sollen den Jugendlichen Kompetenzen vermitteln, die die Entwicklung der Persönlichkeit fördern, das Arbeiten in beruflichen Teams unterstützen und die Stärkung der Ausbildungsfähigkeit anstreben. Hier finden sich vor allem Inhalte, die bestehende Ausbildungshindernisse beseitigen sollen.

Berufsfeldspezifische Qualifikationen

Neben den übergreifenden Qualifikationen sollen den Jugendlichen auch fachliche, auf definierte Berufsfelder bezogene Kompetenzen vermittelt werden. Dies dient der Vorbereitung auf eine Berufsausbildung oder der Unterstützung bei einer Berufstätigkeit. Die Inhalte orientieren sich an den bestehenden Lehrplänen für die Berufsausbildung und berücksichtigen dabei das Leistungsvermögen der Jugendlichen. Bei entsprechender Qualifikation und Motivation der Schülerinnen und Schüler können in diesem Bereich auch Qualifizierungsbausteine angeboten werden, die auf Ausbildungsgänge angerechnet werden können.

Modulangebot

Das Modulangebot wird an jeder Schule und für jede Klasse in Abhängigkeit von der Interessenslage der Schülerinnen und Schüler, von dem regionalen Arbeitsmarkt und von den gegebenen Möglichkeiten der Schule festgelegt. Für die didaktische Jahresplanung können Module direkt von der Internetseite verwendet werden. Dort finden sich Beispiele für jedes Berufsfeld und für alle Bereiche der persönlichkeitsbildenden Qualifizierung. Für alle weiteren Module soll die einheitliche Formatvorlage Verwendung finden. Neue, schulintern erstellte Module sollen auch auf der erwähnten Internetseite veröffentlicht werden, um den Angebotspool ständig zu erweitern. Die Vorgehensweise zur Modulerstellung wird Teil einer Fortbildungsreihe sein, die derzeit in Zusammenarbeit mit der ALP-Dillingen organisiert wird.

Beispiel für ein Qualifizierungsmodul im Bereich Fahrzeugtechnik (siehe rechte Seite).

Die Gliederungspunkte 4. Ziele/Kompetenzen und 5. Inhalte sind später Teil des Zertifikats und werden aus der Modulbeschreibung übernommen. Dieses Modul kann auch als Teil eines Qualifizierungsbausteins unterrichtet werden.

Derzeit werden für jeden Regierungsbezirk Multiplikatoren geschult,

Modulskizze, Angabe 1 – 5 verpflichtend**1. Modulbezeichnung (= Fach)
Fahrzeugwartung I****2. Klassifikation**

- Bereich 1: berufsfeldübergreifend/persönlichkeitsbildend
 Bereich 2: berufsfeldspezifisch
 Teil eines Qualifizierungsbausteins (KM2)

3. Zielgruppe/Jahrgangsstufe

Jahrgangsstufe 10

4. Ziele/Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler lernen das Fahrzeug im Ganzen kennen und führen einfache Wartungsarbeiten aus. Sie bestimmen die grundsätzliche Struktur eines Pkw und weisen die jeweilige Funktion zu. Für die einfachen Wartungsarbeiten führen sie die notwendigen Berechnungen durch und klären den Materialbedarf. Sie planen im Team die Arbeitsschritte und dokumentieren diese. Sie führen die Arbeiten aus und kontrollieren das Arbeitsergebnis. Abschließend präsentieren die Schülerinnen und Schüler ihre Vorgehensweise.

5. Inhalte

Einfache Wartungsarbeiten

- Wartung des Kühlsystems
- Ölwechsel

Daraus abgeleitet:

- Baueinheiten des Fahrzeugs
- Wartungspläne
- Füllmengen
- Mischungsrechnen
- Kontrollkriterien
- DV
- Präsentationstechniken
- Arbeitssicherheit

6. Zeitlicher Umfang

40 Unterrichtsstunden,
davon 10 Stunden rechnerische Inhalte
Falls es als Teil eines Qualifizierungsbausteins angeboten wird:
Unterrichtsstunden 65
davon 15 Stunden rechnerische Inhalte

die dann in entsprechenden Fortbildungsveranstaltungen alle Kollegen detailliert auf die Arbeit in den Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz vorbereitet.

Zeugnisse

Die Schulen erstellen Zeugnisse, die über den Leistungsstand und den Inhalt des Unterrichts informieren.

Angaben ab hier fakultativ**7. Ergebniskontrolle/Leistungserhebungen/Prüfungen/Zertifikate, z. B.**

Mündliche Note (Präsentationen)
Mündliche Note (Arbeitsdurchführung, Geschick, Einsatz)
Stegreifaufgabe (Berechnungen)
Stegreifaufgabe (Arbeitsplanung)

8. Lerngestaltung

Unterricht mit der ganzen Klasse in der Orientierungs- und Informationsphase. Gruppenarbeiten in der Planungsphase (arbeitsgleich oder arbeitsteilig). Arbeitsdurchführung im Team (arbeitsteilig). Vorstellung der Ergebnisse im Plenum (Gruppen stellen die Ergebnisse gegenseitig vor).

9. Hinweise/Bemerkungen

Tätigkeiten auf Kühlmittelregulierung und Ölwechsel beschränkt.

Ansprechpartner: August Deinböck

Name:

E-Mail: august.deinboeck@isb.bayern.de

Anhang

Unterrichtssituationen für den gesamten Kfz-Bereich sind bei den einschlägigen Verlagen erhältlich (siehe Linkliste).

In den Zeugnissen werden die Module als Fächer ausgewiesen und benotet. Dies bedingt, dass die Modulgröße mindestens 40 und maximal 120 Unterrichtsstunden umfassen. Da jede Schule vor Ort entscheidet, welche Module sie anbietet, unterscheiden sich die Zeugnisse der einzelnen Schulstandorte je nach Angebot. Die Zeugnisse gliedern sich in die oben beschriebenen Bereiche 1 und 2 und weisen auf die Zertifikate hin, die ausführlicher über Ziele und Inhalte der Module Auskunft geben. Dies erlaubt den künftigen Ausbildern bzw. Arbeitgebern eine bessere Einschätzung der Kompetenzen der Jugendlichen und erhöht dadurch deren Wettbewerbsfähigkeit. Bei Zertifikaten, deren Unterrichtsinhalte mit den EQJ-Angeboten der Kammern (Qualifizierungsbausteine) abgestimmt sind, kann ggf. eine Anrechenbarkeit auf die Ausbildung erfolgen.

Die Vorlagen für die Zeugnisse und Zertifikate wurden vom Arbeitskreis

erstellt und sollen, um den Arbeitsaufwand zu minimieren, zukünftig über das Schulverwaltungsprogramm abzuwickeln sein.

**Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit vor Ort
Fachbereich mit beförderungswirksamer Funktionsstelle**

Für die professionelle Betreuung und Begleitung der Beschulung von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz wird zum kommenden Schuljahr eine beförderungswirksame Funktionsstelle „Schulbeauftragter für berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz“ eingeführt. Voraussetzung dafür ist, dass insgesamt 50 Jahreswochenstunden Pflichtunterricht (außer Sport und Religion) für diese Klassen vorhanden sind. Das Aufgabenspektrum reicht dabei von der langfristigen Sicherstellung der Unterrichtsqualität in inhaltlicher, pädagogischer und organisatorischer Hinsicht bis hin zur Unterstützung des Kollegenteams, welches in diesem Bereich tätig ist.

An den Schulen wird der Bereich Jugendliche ohne Ausbildungsplatz – einschließlich der vollzeitschulischen Angebote – als eigenständige Abteilung (entspricht einem Fachbereich) geführt. Der Bereich wird damit aufgewertet.

Klassenstärke

Künftig wird von der herkömmlichen Budgetierung der Unterrichtsstunden für Klassen, bestehend aus Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, abgewichen. Vergab man bisher die Lehrerstunden nach Klassen, also im Einzeltagunterricht 8 Unterrichtsstunden plus eine Teilungsstunde bis 32 Schüler (für die Blockbeschulung entsprechend), so wird für das kommende Schuljahr eine Budgetierung pro Schüler eingeführt. Das heißt, dass jeder Schüler für diese Klassen ein Stundenbudget mitbringt, das dann von der Schule auf die entsprechenden Klassen eigenverantwortlich verteilt werden kann. Rechnet man das jetzige Klassenbudget um, so liegt man derzeit bei einem pro-Kopf-Budgetvolumen von etwa 0,3 Lehrerstunden pro

Schüler und Jahr. Zu Redaktionsschluss stand die Höhe der neuen Budgetierung pro Schüler jedoch noch nicht fest. Bei einer entsprechenden Vergabe käme man dann zu mehr Teilungs-/Teamteachingstunden oder man könnte Klassen mit wesentlich weniger Schülern bilden – dann mit entsprechend weniger oder keinen Teilungsstunden. In diesen Klassen könnte damit die unterrichtliche und pädagogische Qualität entscheidend verbessert werden.

Schulsozialarbeit institutionalisieren

An den Berufsschulen soll Schulsozialarbeit als feste, eigenständige Institution eingerichtet werden. In Zeiten knapper/leerer Kassen ist dies jedoch schwierig zu gestalten. Es gibt aber immer noch vielerlei Möglichkeiten, von der Sozialarbeit in den Schulen zu profitieren. Wie man diese Möglichkeiten nutzen kann, ist ebenfalls auf der Internetseite des ISB beschrieben.

Zusammenfassung

- Die neue Konzeption des Unterrichts eröffnet bei größtmöglicher Freiheit die Chancen vor Ort, die individuellen Voraussetzungen und Bedürfnisse der Schüler, die regionalen Besonderheiten des Wirtschaftsraums und vieler weiterer Beteiligten (AV, HWK, IHK, Freie

Träger, Jugendhilfe, usw.) zu berücksichtigen.

- Dazu sind institutionalisierte regionale Netzwerke zwischen den Beteiligten (Berufsschule und oben genannte) notwendig, die ein exaktes Abstimmen ermöglichen.
- Für diesen Koordinationsaufwand, die Qualitätssicherung und die Betreuung vor Ort wird eine beförderungswirksame Funktionsstelle zur Verfügung gestellt.
- Für die Erhöhung der Unterrichtsqualität wird die Budgetierung pro Schüler eingeführt.
- Die modulare Ausbildungsstruktur ermöglicht die Zertifizierung der Lerninhalte zur Verbesserung der Bewerbungschancen.

Die Einzelheiten aller beschriebenen Veränderungen sind in Kürze auf der ISB-Internetseite (www.isb.bayern.de) abzurufen. Es steht dort auch ein umfangreicher Modulkatalog sowie weiterführendes Informationsmaterial zur Verfügung. Eine einschlägige Linkliste ist ebenfalls vorhanden. Zur Vorbereitung und Einführung des Konzepts werden regional mehrere Fortbildungsveranstaltungen abgehalten. Die Terminierung wird rechtzeitig von den jeweiligen Bezirksregierungen bekannt gegeben. Als Ansprechpartner am ISB stehen wir Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung. <

durch die Projektteilnehmer/innen. Soweit die Theorie. Nun zur Praxis.

Projektziel und Ausgangssituation

Das von meiner Großhandelsklasse der 10. Jahrgangsstufe zu Beginn des Schuljahres ausgewählte Projektziel war anspruchsvoll, aber eindeutig definiert:¹

Wir wollen versuchen, bis zum Ende des Schuljahres drei arbeitslosen Jugendlichen in Nürnberg eine Ausbildungsstelle zu vermitteln.

Die Themenwahl war auch für mich überraschend, zumal die Klasse erst einen Monat zuvor ihre eigene Ausbildung begonnen hatte.

Das „Jobcon“-Projekt² wurde im Rahmen des einstündigen Faches Projektunterricht durchgeführt, wobei von Anfang an völlig klar war, dass man weitere Unterrichtszeit, aber auch betriebliche Ausbildungszeit für die Projektarbeit benötigen werden würde.

Theoretisches Grundkonzept

Alle Beteiligten stimmten von Anfang an darin überein, dass sie kein „Pseudo-Projekt“³, sondern „ein richtiges Projekt“ machen wollten. Dies beinhaltet drei Voraussetzungen:

- Man bearbeitet ein zwar schüleradäquates, aber tatsächlich existierendes, ernsthaftes Problem.
- Projektleitung, -organisation und -steuerung liegen bei den Schüler/innen.
- Die Projektteilnehmer/innen müssen ihr Arbeitsergebnis einem Auftraggeber gegenüber verantworten und öffentlich präsentieren.

Auftraggeber kann notfalls die Lehrkraft selbst sein. Besser ist eine externe Person oder Institution. Im vorliegenden Fall war es die Theo-Prax-Stiftung des Fraunhofer Instituts für Chemische Technologie⁴, welche das Thema deutschlandweit ausgeschrieben hatte.

„Öffentlichkeit“ kann die Präsentation vor dem Auftraggeber beinhalten. Pädagogisch sinnvoller ist es allerdings, das Ergebnis der eigenen Arbeit darüber hinaus auch den Ausbildungs-

Auszubildende helfen Ausbildungsplatzsuchenden:

Jobcon oder: Wir suchen Lehrstellen

PETER KÜHRT

„Projektunterricht“ und „Projektmanagement“ sind derzeit methodischer Fokus und Gegenstand zahlreicher curricularer Innovationen und gelten als das Nonplusultra zeitgemäßer Wirtschafts- und Berufspädagogik. Der schulische Projektunterricht will in Analogie zu Großprojekten im Be-

reich der Wirtschaft Praxisprobleme der Arbeits- und Berufswelt gestalterisch bearbeiten und simulativ lösen, um die lebens- und berufspraktischen Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, die aktuell von der Wirtschaft in hohem Maße geschätzt und nachgefragt werden. Wesentliches Merkmal der Projektmethode ist die selbständige Organisation des Lernprozesses



Nürnberg's Oberbürgermeister Maly informierte sich über das Projekt

betrieben, Mitschüler/innen, Eltern, Lehrkräften und sonstigen Interessierten vorzustellen.⁵

Projektinitiierung und Projektorganisation

Aus den ersten Überlegungen zur Lösung des Ausgangsproblems ergab sich nahezu automatisch eine Projektstruktur mit mehreren arbeitsteiligen Projektgruppen:

1. AG Kontakt (Suche und Auswahl der drei zu vermittelnden arbeitslosen Jugendlichen)
2. AG Suche (Suche nach freien Lehrstellen)
3. AG Werbung (Öffentlichkeitsarbeit und Werben um Unterstützung für unser Vorhaben)
4. AG Ausbildertreffen (Vorbereitung von Präsentationen und Ständen bei schulischen Kontaktgesprächen mit Ausbildungsbetrieben)
5. AG Coaching (Betreuung und Unterstützung der ausgewählten Jugendlichen).

Dazu kamen zwei Gruppen, die für die Projektorganisation erforderlich sind:

6. AG Leitung (Steuerung des Gesamtprojektes, Außenkontakte, Finanzierung, Gesamtmoderation)
7. AG Dokumentation (Dokumentation der Projektarbeit, Archivierung aller Projektergebnisse, Füh-

ren des „Computer-Tagebuchs“, Vorbereitung der Abschlusspräsentation).

Obwohl diese beiden Projektgruppen entscheidend für den Projekterfolg sind, können Jugendliche deren Bedeutung in der Regel nicht einschätzen.⁶

Im konkreten Fall fand sich anfangs nur ein einziger Schüler für die Leitungsgruppe und nur zwei Schüler/innen für die Doku-Gruppe, die zudem über mehrere Wochen hinweg nicht recht wussten, was sie überhaupt tun sollten – und sich „genüsslich zurücklehnten“, weil ihre Arbeit ihrer Ansicht nach erst bei Projektende beginnen würde. Beide Gruppen mussten dann in der Folge durch Nachzügler und Abgänge aus anderen Gruppen aufgefüllt werden.

Erfahrungsgemäß melden sich für die Doku-Gruppe insbesondere Internet-Interessierte und „EDV-Gurus“, die dann allerdings oftmals vergessen, dass ihre Aufgabe nicht darin besteht, eine möglichst tolle Internetseite zu erstellen, sondern den Projektfortschritt zu dokumentieren und zugleich möglichst von Anfang an die Arbeitsergebnisse der anderen Projektgruppen in Formen zu bringen, die für die Schlusspräsentation und Internetpräsenz möglichst direkt verwendbar sind.⁷ Gelingt dies nicht, wird die Do-

ku-Gruppe kurz vor dem Projektende regelmäßig vom Arbeitsanfall förmlich überrollt.

Bei der Leitungsgruppe bestehen das Problem vor allem darin, für diese Gruppe geeignete Schüler/innen zu gewinnen. Nur wenn es gelingt, leistungswillige, in der Klasse akzeptierte Schüler/innen mit hoher Motivation, Kreativität und Gestaltungskraft für die Projektleitung zu gewinnen, hat das Projektvorhaben aber eine realistische Chance.

Nach ca. fünf Monaten wurden für zusätzliche Aufgaben weitere Projektgruppen gebildet, die sich personell mit den bisherigen überschneiden:

8. AG Homepage (Erweiterung des Computer-Tagebuchs zu „richtigen“ Homepage)
9. AG Buchführung (Kontoeröffnung und -führung, Abrechnung, Bezahlung)
10. AG Projektabschluss (Planung und Vorbereitung der Schlusspräsentation).

Diese zusätzlichen Gruppengründungen resultierten vor allem aus der Notwendigkeit,

- bisher untätige Schüler/innen mit sinnvollen und für sie geeigneten Aufgaben zu betrauen,
- die Unfähigkeit einiger Gruppen zu praktikabler Arbeitsaufteilung und Binnendifferenzierung ohne emotionale Widerstände aufzulösen,
- die unzureichende Kommunikation zwischen den einzelnen Gruppen zu überwinden,
- die sich anbahnenden bzw. bereits ausgebrochenen persönlichen Konflikte innerhalb zweier Projektgruppen zu entschärfen.

Projekttablauf und projektinterne Problemstellungen

Jedes Projekt ist ein Abenteuer. Jedes Projekt kann scheitern. Arbeits- und Beziehungsprobleme in und zwischen den Gruppen sind normal und müssen von Projektleitung bzw. -steuerung und den Gruppenmitgliedern selbst bearbeitet und gelöst werden. Dies ist fast immer auch ein mühsamer und emotional aufwühlender gruppenspezifischer Prozess. Dies ist in der

Erwachsenen- und Arbeitswelt aber nicht anders.

Die Schwierigkeit für die Lehrkraft besteht zudem darin, dass sie – als Auftraggeber oder als Mentor der Leitungsgruppe – nur sehr indirekt helfend und steuernd eingreifen kann.

Hauptprobleme bei diesem Unterrichtsprojekt und dieser Klasse waren in erster Linie:

- Viele Projektgruppen waren nicht in der Lage, ihren Arbeitsauftrag sachlich und zeitlich aufzugliedern, aufzuteilen und tatsächlich durchzuführen.
- Ankündigungen und Vorhaben wurden oftmals nicht konsequent realisiert.
- Viele Schüler/innen saßen einfach bei ihren Gruppen dabei und haben nichts getan. Dies erstreckte sich in Einzelfällen über mehrere Monate.
- Besonders auffällig war, dass die Schüler/innen in der Mehrzahl nicht zur Zusammenarbeit und Kommunikation in der Lage waren. Dies zeigte sich auch daran, dass mehrere Arbeitsgruppen die gleichen Arbeiten erledigten (z. B. Planung der Homepage, Entwurf eines Flyers). Besprechungen über das Gesamtprojekt waren nur schwer möglich. Jede Gruppe arbeitete für sich.

Insgesamt waren viele Schüler/innen erkennbar überfordert. Es bedurfte nicht nur vieler Hilfestellungen in Form von Einzel- und Gruppengesprächen, sondern fast über die gesamte bisherige Projektlaufzeit auch eines erheblichen emotionalen Drucks durch die Lehrkraft, damit die Mehrzahl der Schüler/innen ihre Projektaufgaben überhaupt wahrnahm. Der Unterricht ähnelte streckenweise der Generalprobe an einem Theater, insbesondere dann, wenn die Schüler/innen sich öffentlich darstellen mussten (z. B. ein Vortrag vor 60 Ausbildern).

Andererseits ist der Erfolg dieses mühsamen und aufwühlenden pädagogischen Prozesses unübersehbar.

Wenn man sich nur vor Augen hält, wie scheinbar souverän und schon fast lässig die Schüler/innen heute mit

Firmenvertretern oder dem Oberbürgermeister an ihrem Infostand plaudern (vgl. Abb.), wie selbstbewusst sie Ausbilder/innen ansprechen oder anrufen und für ihre Kandidat/innen werben, wie sie Stände gestalten, Briefe und Fragebögen entwerfen – dann ist es kaum vorstellbar, dass dieselben Jugendlichen noch vor drei Monaten ihre Lehrkraft angefleht haben, ihnen lieber eine „6“ zu geben, als sie zu zwingen, sich vor ein Auditorium zu stellen und eine Rede zu halten.

Projektarbeit ist ohne Zweifel in hohem Maße persönlichkeitsbildend. Sie zwingt zur Ausbildung von Fähigkeiten, die man im normalen Unterricht niemals entwickeln müsste.

Projektergebnis

Leider haben wir es trotz großer „Erfolge“ (Vortrag und Info-Stand bei zwei Ausbildertreffen, Kontakt mit dem Oberbürgermeister, ein großer Zeitungsartikel) bis heute nicht geschafft, tatsächlich eine Lehrstelle zu vermitteln.

Andererseits sind die Schüler/innen noch immer optimistisch, ihr Ziel erreichen zu können.

Den aktuellen Projektstand kann der interessierte Leser gerne dem Projekt-Tagebuch der Klasse im Internet entnehmen.⁸ Dort sind auch die drei Schüler/innen vorgestellt, die die Klasse vermitteln möchte.⁹

¹ Eine erste Darstellung des Projektes beinhaltet der Artikel von Krause/Eyerer, Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen – ein Pilotprojekt der TheoPrax-Stiftung in Nürnberg, in: TheoPrax, Magazin für Aus- und Weiterbildung, Heft 1/2005, S. 14–17. Das ausführliche „Projekt-Tagebuch“ findet man im Internet auf dem Nürnberger Kultur- und Bildungsserver (kubiss.de) unter http://www.kubiss.de/bildung/projekte/schb_netz/b4_projekte/schueler/Lehrstellen_2005/.

² Der Name „jobcon“ wurde von den Schüler/innen ausgewählt. Die Abkürzung steht für den Begriff „Job Connection“.

³ In der schulischen Realität können – schon aus Zeitgründen – im Normalfall nur Arbeitsformen praktiziert werden, die

man bestenfalls als projektorientierten Unterricht, nicht aber als Projektunterricht bezeichnen kann. Solche „Pseudo-Projekte“ bestehen in der Regel aus arbeitsteiliger Gruppenarbeit zu einem lehrplangemäßen Unterrichtsthema mit anschließender Präsentation der Gruppenergebnisse. Im Berufsbereich Groß- und Außenhandel bietet sich hierzu in der 10. Jahrgangsstufe z. B. das Thema „Standortfaktoren“ an.

⁴ Nähere Informationen zu TheoPrax: <http://www.theo-prax.de/index.php>

⁵ Weitere Grundlegungen, Tipps und Erfahrungen zu schulischer Projektarbeit: http://www.kubiss.de/bildung/projekte/schb_netz/b4_projekte/schueler/Schuldenfalle_2005/ sowie <http://oekonomie.ph-gmuend.de/beruf/ausbildungsmarkt.htm>

⁶ Erfahrungen und Tipps zur Projektorganisation: <http://oekonomie.ph-gmuend.de/beruf/ausbildungsmarkt.htm>

⁷ Am einfachsten gelingt dies durch die Vorgabe von Musterseiten (z. B. in Form von fertig gelayouteten und verlinkten HTML-Seiten). Die Projektgruppen tragen dann ihre Ergebnisse direkt in diese Vorlagen ein und übermitteln sie an die Doku-Gruppe, welche sie dann nur noch in die Schlusspräsentation einfügen muss.

⁸ http://www.kubiss.de/bildung/projekte/schb_netz/b4_projekte/schueler/Lehrstellen_2005/

⁹ Es handelt sich um zwei Mädchen von der Wirtschaftsschule und einen Hauptschüler, der nur schlecht Deutsch spricht. Die Bewerbungen scheinen bislang – nach Aussagen der Schüler/innen – vor allem an unzureichenden Mathematikkenntnissen gescheitert zu sein.

Literaturempfehlung:

Kührt, Peter: Keine Azubis für Umicore? <http://oekonomie.ph-gmuend.de/beruf/ausbildungsmarkt.htm>

Kührt, Peter: Wege aus der Schuldenfalle http://www.kubiss.de/bildung/projekte/schb_netz/b4_projekte/schueler/Schuldenfalle_2005/

Kührt, Peter u. a.: Volkswirtschaftslehre für Fachoberschulen und Berufsoberschulen, Bd. 1, Bildungsverlag Eins, Troisdorf 2004
Schweizer, Gerd / Selzer, Helmut (Hrsg.), Methodenkompetenz lehren und lernen, Röhl Verlag, Dettelbach 2001

Anregungen für den Besuch der KZ-Gedenkstätte mit einer Schulklasse:

60 Jahre Befreiung des KZ-Dachau

Wir, das BGJ-Holz der Berufsschule Dachau, besuchten mit unserem Lehrer Wolfgang Ludwig die KZ-Gedenkstätte Dachau. Horst Grünewald, Lehrer an der Berufsschule Dachau und Betreuungslehrer an der

Gedenkstätte, führte uns durch das Gelände. Er erklärte uns, dass von dem ehemaligen Lager noch das Wirtschaftsgebäude, der Bunker (Lagergefängnis), das Jourhaus und das Krematorium erhalten sind. Die Ba-



Die Klasse BGJ-Holz (GHo10A) mit den Lehrern Wolfgang Ludwig und Horst Grünewald.

racken wurden nach dem Kriege abgerissen und nur zwei wurden rekonstruiert. Es gab im Lager eine Gaskammer, die aber nach gesicherten Unterlagen nicht zur Massenvernichtung eingesetzt wurde.

Dass das ehemalige Lager nicht abgerissen wurde, sondern uns heute als Gedenkstätte erhalten ist, geht auf die Initiative der ehemaligen Häftlinge zurück. Sie führten für die Errichtung einer Gedenkstätte an, dass so Aufklärung bei Jugendlichen und anderen Besuchern über diese schreckliche Vergangenheit betrieben werden kann. Das Mahnmal soll an die vielen Toten erinnern und verhindern helfen, dass so schreckliche Taten, wie in Dachau geschehen, wieder vorkommen.

Auch wird im Ausland erwartet, dass wir die Fehler der Vergangenheit wieder gutmachen. Dazu gehört aber auch, dass wir zu unserer Vergangenheit stehen und offen damit umgehen, auch wenn wir lange nach dieser Zeit geboren sind. Wir sind uns durchaus unserer historischen Verantwortung bewusst und informieren uns über die Geschehnisse der damaligen Zeit, sei es durch Gespräche mit den Großeltern oder in der Schule.

Dadurch kann schon früh der Charakter junger Menschen geprägt werden, sodass sie politisches Engagement und Zivilcourage entwickeln.

Unserer Meinung nach ist es schade, dass in vielen Ländern oftmals noch eine negative Einstellung gegenüber uns Deutschen vorherrscht. Wir denken, dass jeder Mensch seine eigene Art hat, damit umzugehen.

Obwohl unsere Zeit begrenzt war, war unser Besuch in der KZ-Gedenkstätte informativ und wir können diesen anderen Schülern und Jugendlichen nur empfehlen.

Weitere Informationen zum Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau mit einer Berufsschulklasse erhalten Sie über Horst Grünewald, Staatliche Berufsschule Dachau, Heinrich-Neumaier-Platz 1, 85221 Dachau, Tel.: 0 81 31 / 90 74 30, Fax 0 81 31 / 1 42 22.

Bayerische Schulklassen erhalten eine kostenlose Führung sowie einen Fahrtkostenzuschuss von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Hauptausschuss des BiBB beschließt Empfehlung: Neues Ausbildungsvertragsmuster

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) hat die Empfehlung zu einem Ausbildungsvertragsmuster verabschiedet, die die Empfehlung des Bundesausschusses für Berufsbildung vom 9. Juni 1971 zum Berufsausbildungsvertrag und die Empfehlung des Bundesausschusses für Berufsbildung vom 24. August 1971 – Merkblatt zum Berufsausbildungsvertrag – ersetzt.

Die Empfehlung des Hauptausschusses im Wortlaut:

Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes mit Wirkung zum 1. April 2005 erfordert die grundlegende Überarbeitung und Aktualisierung des „Musters eines Berufsausbildungsvertrages“ sowie des dazugehörigen „Merkblattes zum Muster eines Berufsausbildungsvertrages“, die jeweils auf Beschlüssen des ehemaligen Bundesausschusses für Berufsbildung aus dem Jahr 1971 beruhen.

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung empfiehlt den Vertragspartnern eines Berufsausbildungsverhältnisses, das Ausbildungsvertragsmuster sowie das erläuternde Merkblatt dem Vertragsverhältnis zugrunde zu legen.

Das Ausbildungsvertragsmuster sowie das erläuternde Merkblatt ist im Internet abrufbar unter: <http://www.bibb.de/de/20091.htm>

Kollux – Erlanger Modell:

Qualitätssicherung durch Balanced Scorecard

DIETRICH WEIDINGER

Drei Erlanger Schulen, Hermann-Hedenus-Hauptschule, Emmy-Noether-Gymnasium und die Wirtschaftsschule im Röthelheimpark haben sich im Februar 2004 zum Schulmanagement-Programm „Kollux – Erlanger Modell“ zusammengeschlossen und arbeiten mit wissenschaftlicher Begleitung von Beginn an sehr erfolgreich zusammen. Dieses Modell ist ein Pilotprojekt im Hinblick auf die Selbstevaluierung von Schulen in Bayern und wird von der Stiftung Bildungspakt Bayern gefördert und beratend begleitet.

Kollux ist ein Schulmanagement-Programm, das die Entwicklung, Umsetzung und nachhaltige Steuerung eines neuen bzw. bereits vorhandenen Schulprogramms ermöglicht.

Entwicklung eines nachhaltigen Schulmanagement-Programms

Um Schulmanagement qualitätssichernd leisten zu können, brauchen Schulleitungen und Kollegien ein Instrument, das modernste Erfordernisse erfüllt und flexibel auf weitere Veränderungen reagieren kann. Das in der Industrie verwendete Instrument der Balanced Scorecard (BSC)* liefert wichtige Bausteine für den Aufbau des Schulmanagement-Programms Kollux. Dazu ist eine ganzheitliche Betrachtung der Schule, ihrer Zielsetzung sowie der Strukturierung ihrer Aufgaben von Nöten. Ein wesentlicher Anspruch ist die nachhaltige Evaluation der eingeleiteten Maßnahmen.

Prozess und Perspektiven des Schulmanagement-Programms Kollux

Mit Kollux wird / werden

- die Zielsetzung / das Leitbild der Schule definiert,

- das Aufgabengebiet der Schule in Aufgabenfelder strukturiert,
- den Aufgabenfeldern Vorhaben zugeordnet und
- die Vorhaben mit Messzahlen belegt, die einmal pro Schulhalbjahr erhoben und ausgewertet werden, so dass durch Selbstevaluation eine Qualitätssteigerung der Schule möglich wird.

Zielsetzung/Leitbild

Erste Aufgabe wird sein zu ermitteln, welcher Zielsetzung oder welchem Leitbild die eigene Schule verpflichtet ist. Schulische Leitziele sind durch den Gesetzgeber übergeordnet vorgegeben, dennoch besteht die Notwendigkeit, die Ziele unter Mitsprache aller Beteiligten für die eigene Schule so herunterzubrechen, dass sie die Schwerpunkte der Schule charakterisieren. Auch das jeweilige Schulprofil muss sich in der Zielsetzung manifestieren. Insofern ist es möglich, dass sich in der eigenen Schulart unterschiedliche Leitbilder finden. Nach diesen Leitbildern richten sich alle Aktivitäten der Schule aus.

Strukturierung des gesamten Aufgabengebiets der Schule

Die größte Herausforderung bei der Modellentwicklung Kollux lag in der Strukturierung des Aufgabengebiets „Schule“. Diese ermöglicht einen systematischen Überblick über die laufenden Aufgaben und Projekte und versetzt das Schulmanagement damit in die Lage, Strategien zu entwickeln und Schwerpunkte zu setzen.

Es kristallisierten sich sechs Arbeitsfelder heraus, die die tragenden Elemente zur Erreichung der Zielsetzung bzw. zur Erfüllung des Leitbildes sind und alle Bereiche der schulischen Arbeit beinhalten.

Kollux bietet folgende Perspektiven:

- Entwicklung von Zufriedenheit und Kompetenz der Mitarbeiter,
- Entwicklung von Unterricht,
- Entwicklung von Erziehung und Sozialarbeit,
- Entwicklung von Zufriedenheit und Mitwirkung von Schülern und Eltern,
- Entwicklung und Organisation von Ressourcen,
- Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit.

Die Entwicklungen von Zufriedenheit und Kompetenz der Mitarbeiter, Unterricht, Erziehung und Sozialarbeit, Zufriedenheit und Mitwirkung von Schülern und Eltern sind wichtige und tragende Säulen für das Leitbild. Die Entwicklungen von Öffentlichkeitsarbeit und Organisation von Ressourcen tangieren alle Gebiete und sind damit durchgehende Elemente, die die Zielsetzung mit tragen. Jedes Aufgabenfeld hat zwar seine eigene Bedeutung in der Gesamtstruktur, steht aber zu jedem anderen in Beziehung.

Zuordnung von Vorhaben/Projekten

Den sechs Aufgabenfeldern werden Vorhaben/Projekte zugeordnet, deren Gelingen durch Messzahlen verfolgt wird. Die Zuordnung liefert einen systematischen Überblick über die laufenden Vorhaben an einer Schule und versetzt das Schulmanagement damit in die Lage, Strategien für die Erfüllung der Ziele in den Arbeitsfeldern zu entwickeln und Schwerpunkte zu setzen. Dies gewährleistet die Ausgewogenheit zwischen den Arbeitsfeldern und eine Balance der schulischen Arbeit.

Belegung mit Messzahlen

Über die entwickelten Messzahlen können die Schulen ihre Vorhaben und Aufgabenfelder steuern, kontrollieren und fortschreiben. Diese Messzahlen liefern die Ermittlung des „Ist-Zustands“ sowie Möglichkeiten der Fortentwicklung in der eigenen Schule und ggf. den Vergleich von Schulen.

Über die Gewinnung von Messzahlen für Soft-Facts/-Skills gibt es aus-

Unser Schulhaus



fürliche Angaben in der Literatur, im Internet sowie im Anhang dieses Beitrags.

Unsere Ziele

1. Balanced Scorecard-orientierte und begleitete Einführung einer Notebook-Klasse in der 8. Jahrgangsstufe mit dem Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Medienkompetenz sowie der Verbesserung der Unterrichtsqualität durch Einführung neuer Lehr- und Lernformen (z. B. Wochenplanarbeit).
2. Durch ein gezieltes Lerntraining mit wissenschaftlicher Begleitung sollen gezielt Schüler der 7. Jahrgangsstufe im Rahmen des Pilotprojekts „Lernen lernen“ über verschiedene Formen der Konzentrationssteuerung sowie neuer Lehr- und Lernformen bessere Leistungen erzielen.
3. Stärkere Einbindung der Eltern in das Schulleben und die Betonung des gemeinsamen Erziehungsauftrags mit Unterstützung des Elternbeirats und der Klassenelternvertreter; mehr Verständnis füreinander.
4. Größere Arbeitszufriedenheit im Lehrerkollegium durch besseren

Informationsfluss und intensivere Teamarbeit, verstärkte Kommunikation.

5. Nachhaltige Qualitätssicherung durch Selbstevaluierung.
6. Praktikable Übertragbarkeit auf andere Schulen in Bayern.

Vier Projekte wurden von uns arbeitsteilig in Angriff genommen und bisher sehr erfolgreich durchgeführt.

Projekt 1: Entwicklung von Unterricht, Leistungsmessung und Leistungssteigerung der Schüler (Lernen lernen)

Projekt 2: Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern

Projekt 3: Verbesserung der Unterrichtsqualität durch Einführung neuer Lehr- und Lernformen (Notebook-Klasse)

Projekt 4: Entwicklung von Zufriedenheit und Kompetenz der Mitarbeiter

Qualitätssicherung – Evaluation der Schulentwicklung

Das Schulmanagement – Programm Kollux gibt den Schulleitungen und allen Beteiligten ein innovatives Instrument (orientiert an der Balanced Sco-

recard) an die Hand, das die Entwicklung, Umsetzung und nachhaltige Steuerung eines neuen bzw. vorhandenen Schulprogramms ermöglicht. (<http://www.kollux.info/kurzbeschreibung.htm>).

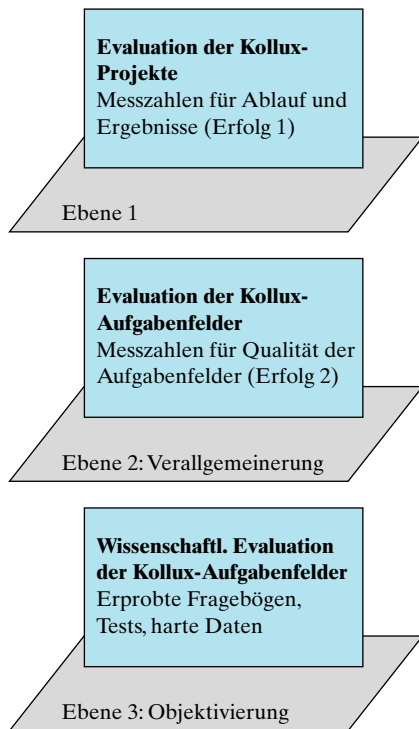
1. Evaluation auf Projektebene (Ebene 1)

Auf der ersten und konkretesten Ebene wird der ordnungsgemäße Ablauf und das Ergebnis der einzelnen Projekte (Erfolg 1) mit Hilfe geeigneter Messzahlen (vgl. die Diagramme ausgewählter Messzahlen) evaluiert. Diese interne Evaluation führen die Projektteams selbst durch. Die Abfrage der Messzahlen erfolgt bei uns dreimal pro Schuljahr und wird in den Projektteams direkt ausgewertet.

2. Evaluation auf der Ebene der Kollux-Aufgabenfelder (Ebene 2)

Da die Kollux-Vorhaben über ihren unmittelbaren Erfolg hinaus auch etwas zur Verbesserung der Schulqualität beitragen sollen, wird auf einer zweiten Ebene evaluiert, inwieweit sich die einzelnen Projekte auf die Verbesserung der mit ihnen korrespondierenden Kollux-Aufgabenfelder auswirken (vgl. Abbildung „Unser Schulhaus“).

Inwieweit die einzelnen Kollux-Vorhaben sich qualitätsverbessernd auf einzelne Aufgabenfelder auswirkten (Erfolg 2), wird anhand von Messzahlen überprüft, die im Herbst 2004 mit den Kollegien der beteiligten Schulen gemeinsam entwickelt wurden. Eine Auswahl dieser Messzahlen finden sich im Anschluss an diese Ausführungen. Ebenso wie die Messzahlen der Ebene 1 sollten auch diejenigen der Ebene 2 der Alltagspraxis möglichst nahe liegen, d. h. sie sollten im Wesentlichen aus Erfolgskriterien hervorgehen, welche Lehrerkollegien schon immer wenigstens implizit anwenden, wenn sie Qualität in einzelnen Aufgabenfeldern konstatieren oder vermissen. Die Kollux-Messzahlen für die sechs Aufgabenfelder werden zweimal pro Schuljahr erhoben. Über signifikante Veränderungen in einzelnen Aufgabenfeldern erhalten die beteiligten Lehrerteams eine zeit-



nahe Rückmeldung, um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können.

3. Einmalige wissenschaftliche Evaluation (Ebene 3)

Da die nahe an der Alltagspraxis entwickelten Messzahlen im Hinblick auf die verlässliche Abbildung von Qualitätsveränderungen zunächst einmal nicht überprüft sind, ist es notwendig, eine wissenschaftliche Evaluation der Qualitätsveränderungen in den einzelnen Aufgabenfeldern mittels erprobter Fragebogen, Tests und anderer harter Daten durchzuführen. Sollten sich wenigstens die wichtigsten Qualitätsveränderungen sowohl in der wissenschaftlichen Evaluation als auch in der Evaluation der zweiten Ebene abbilden, so könnte künftig bei weiteren Anwendungen von KOLLUX auf diese Ebene 3 verzichtet werden. D. h., die wissenschaftliche Evaluation auf der Ebene 3 dient dem Nachweis, dass die durch die Evaluation auf der Ebene 2 gewonnenen Ergebnisse nicht nur auf subjektiven Täuschungen beruhen, sondern objektive Veränderungen anzeigen. <

Messzahlen für die Evaluierung auf Ebene 2 (Aufgabenfelder), am Beispiel zweier Befragungen

I. Entwicklung von Unterricht – Schülerinnen und Schüler

Nr.	Frage	trifft voll zu	trifft häufig zu	trifft manchmal zu	trifft nicht zu
1	Ich kann in meiner Klasse ungestört arbeiten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2	Ich werde am Unterrichtsgeschehen angemessen beteiligt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3	Ich erarbeite gelegentlich ein Thema selbständig (Unterlagen suchen, das Gefundene zusammenfassen und der Klasse vorstellen (Plakaten, Folien, Powerpoint)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4	Meine Lehrer sind offen für Anregungen und Kritik aus der Klasse.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...	...				

II. Entwicklung von Zufriedenheit und Kompetenz der Mitarbeiter – Lehrkräfte

Nr.	Frage	trifft voll zu	trifft häufig zu	trifft manchmal zu	trifft nicht zu
1	An unserer Schule herrscht eine gute Atmosphäre.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2	Die anfallenden Arbeiten werden im Kollegium gerecht und transparent verteilt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3	Im Kollegium wird bei Disziplinarmaßnahmen einheitlich vorgegangen (Hinweise, Verweise, Nacharbeiten).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4	Ich bin mit dem Informationsfluss zwischen der Schulleitung und mir zufrieden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5	Ich bin mit dem Informationsfluss im Kollegium zufrieden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

III. Entwicklung von Zufriedenheit und Mitwirkung von Schülern und Eltern analog

* Bei Balanced Scorecard handelt es sich um ein Controlling-Instrument aus der Wirtschaft, bei dem in einem Berichtsbogen (= Scorecard) zusammengefasste Steuerungsgrößen, Kennzahlen und Ziele ausgewählt werden, mit Hilfe derer bestimmte Vorhaben und Organisationen gesteu-

ert werden können. Eine Scorecard enthält eine Reihe von Kennzahlen, die nach dem Prinzip der Ausgewogenheit (eben „balanced“) ausgewählt wurden.

Vgl. Andreas Preißner, Balanced Scorecard anwenden, Hanser-Verlag, München, 2003, S. 19

Landesverband

Einladung zur Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs

Motto: **Treffpunkt der Lehrkräfte
an kaufmännischen beruflichen Schulen in Bayern**

Die Fachtagung findet statt
am **Samstag, 22. Oktober 2005**
von **9.00 Uhr bis 15.30 Uhr**
an der **Ludwig-Erhard-Berufsschule Fürth,
Theresienstraße 15, 90762 Fürth**

Vorläufiges Programm

9.30 – 12.00 Uhr **Hauptveranstaltung**
Referat „Perspektiven des kaufmännischen Schulwesens“
 Dr. Wolfgang Kehl, Bundesvorsitzender des VLW

Kolleginnen und Kollegen fragen – das Kultusministerium antwortet mit
 Hans Wilhelm Thomé, Ministerialdirigent
 Dr. Horst Güttler, Ministerialrat

12.00 Uhr **Mittagspause**

13.00 – 14.45 Uhr **Arbeitskreise**
 siehe gesonderte Übersicht

15.00 Uhr **Zusammenfassung des Tages**

ca. 15.30 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Arbeitskreise	Themen
FOS/BOS	Die internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IAS/IFRS) und ihre Bedeutung für den Unterricht im Fach Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen
Wirtschaftsschule	Aktuelles zu Wirtschaftsschulen
Finanzberufe	Unterrichten in Bankfachklassen: Das Berufsbild des Bankkaufmannes im Spannungsfeld von Wirtschaft und Schule
Handelsberufe	Novellierung und Modernisierung der Handelsberufe
Büroberufe	Mitwirkung in Prüfungsausschüssen, DV- Prüfungsinhalte
Deutsch	Wie kaufmännisch darf der Deutschunterricht sein?
Schreibtechnik	Fachlehrerausbildung, Praktisches für den Unterricht
Sozialkunde	Der Irak-Konflikt – ein Fallbeispiel zum neuen Lehrplan
Senioren	Die Beamtenversorgung
Personalvertretung	Dienstrechtliche und sonstige (un)angenehme Entwicklungen
Dienstrecht	Aktuelle Fragen des Dienstrechts
Sport	Sport – Religion – Wirtschaft: Eine gesunde Beziehung?
Religion / Sport	Das Kreuz mit dem Kreuz: Sport – Religion – Wirtschaft
Referendare	Aktuelles aus dem Referendariat
Hauptpersonalrat	Beratung, auch Einzelberatung

Ausführliche Informationen zu Programm und Arbeitskreisen finden Sie in der nächsten Ausgabe der VLB-akzente sowie im Internet unter www.vlb-bayern.de

Bezirks- und Kreisverbände

BV Oberbayern

Treffen der oberbayerischen Kontaktkollegen

Im Juli trafen sich die Kontaktkolleginnen und -kollegen aus ganz Oberbayern auf dem Domberg in Freising zu einer zweitägigen Fortbildung. Bezirksvorsitzender Rudi Keil hatte als Referenten Dr. Juliane Wetzel von der TU Berlin, Hans-Peter Leitner, Bezirksvorsitzender des BLLV und Vorsitzender des Bezirkspersonalrats, MR Günter Liebl vom Kultusministerium und LtdRSchD Michael Waidhauser, Leiter der Schulabteilung an der Regierung von Oberbayern, gewinnen können. Wolfgang Lambl war als Vertreter des HPR zu Gast.

Im Rahmen ihres Vortrags „Antisemitismus heute – in der BRD und Europa“ ging Dr. Wetzel auf aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus ein und legte Zahlen über antisemitische Übergriffe vor. Besonders häufig kommen solche Übergriffe zur Zeit in Frankreich und Belgien vor. Die anschließende, rege Diskussion befasste sich mit den möglichen Ursachen des Antisemitismus, ohne dass hierzu etwas Endgültiges gesagt werden konnte.

Hans-Peter Leitner betonte in seinem Referat, dass die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Bayerischen Schulpolitik noch nie so groß gewesen ist wie gegenwärtig. In erster Linie erhält der Schulbereich zu wenig Geld. Im internationalen Vergleich schneidet Bayern hier schlecht ab: In Österreich fließen 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Bildung, in Bayern sind es nur ca. 2,4 bis 2,5 Prozent. Das ist schon für den „normalen“ Schulbetrieb zu wenig und erst recht für die in Aussicht gestellten Maßnahmen wie Ganztagsbetreuung und ähnliches.

In Oberbayern findet über die Hälfte der Hauptschulabgänger kei-



BV-Vorsitzender Rudi Keil (Mitte) bedankte sich bei den Referenten Michael Waidhausen (links) und Günter Liebl (rechts).

nen Ausbildungsplatz, in anderen Regierungsbezirken sieht es zum Teil noch schlechter aus. Das hat zu einem Kampf um das Verbleiben in der Schule geführt: Mit Nachhilfeunterricht wird der Übertritt in die Realschule erzwungen, wer das nicht schafft, versucht die 9. Klasse Hauptschule mehrmals zu wiederholen, um nicht auf der Straße zu stehen. Leitner bezeichnete die Realschule als derzeitige Regelschule. Mancherorts hat die Hauptschule keine 5. und 6. Klasse mehr. Erst mit den von Gymnasium und Realschule Zurückverwiesenen kann dann eine 7. Klasse gebildet werden. Wo die Staatsregierung mit Quotenregelungen die Schülerströme zu lenken versucht, weichen die Eltern auf private weiterführende Schulen aus.

MR Liebl berichtete über einen starken Anstieg der Schülerzahlen an FOS und BOS. Hier scheint sich der von Leitner beschriebene Trend fortzusetzen: Wer nach der Realschule keine Lehrstelle findet, macht erst einmal die FOS. Das deckt sich mit meinen eigenen Beobachtungen, andererseits sind mir auch Fälle bekannt, wo die FOS gezielt als schnellster Weg an

die Fachhochschule gewählt wird. In FOS und BOS ist die Richtung Wirtschaft und Verwaltung inzwischen zum stärksten Zweig geworden. Wie wichtig das berufliche Schulwesen in der bayerischen Bildungslandschaft ist, zeigt sich daran, dass im vergangenen Jahr 42,4 Prozent aller Hochschulzugangsberechtigungen an beruflichen Schulen erworben wurden.

Michael Waidhauser von der Regierung von Obbayern hatte erfreuliches zu berichten: Im kommenden Schuljahr dürfen nebenberufliche Lehrkräfte im gleichen Umfang beschäftigt werden wie im abgelaufenen. Den beruflichen Schulen in Oberbayern werden neun weitere Verwaltungskräfte zugewiesen und zwar ohne dass dafür Anrechnungsstunden gestrichen werden. Bisher war vorgesehen, dass eine Schule, die eine zusätzliche Verwaltungskraft erhält, dafür acht Anrechnungsstunden abgeben muss.

Im Schuljahr 2005/06 werden zehn Berufsschulen evaluiert. Die Schulen können sich freiwillig melden, die endgültige Auswahl trifft das ISB. Das Evaluationsteam besteht aus drei

Fachmitarbeitern an der Regierung von Oberbayern. Die vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit von Regierung und Bezirkspersonalrat soll beibehalten werden. Beim Bemühen um die sachlich beste Lösung gebe es keine Geheimnisse und man müsse miteinander reden.

Als Hauptpersonalrat ging Lambl auf die Beteiligung von Lehrkräften an Berufsabschlussprüfungen ein. Hierzu gibt es keine Vorgaben von der Regierung; jede Schule soll für sich eine passende Lösung suchen.

Der Abend im Akademiestüberl gab reichlich Gelegenheit für einen Gedankenaustausch. Die Veranstaltung schloss mit einer Führung durch die Ausstellung „Kreuz und Kruzifix“ im Diözesanmuseum.

Hervorzuheben sind die gute Organisation und die souveräne Leitung durch den Bezirksvorsitzenden Rudi Keil, welche den reibungslosen und gelungenen Ablauf der Veranstaltung sicherstellten. *Wieland Schöne*

BV Oberfranken

Mitgliederversammlung

Bei der letzten Mitgliederversammlung des Bezirksverbands Oberfranken informierte der stellvertretende Landesvorsitzende und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl vor den zahlreichen Teilnehmern kurzweilig über aktuelle Entwicklungen im Bereich des Dienstrechts. Seine Themenschwerpunkte waren:

Beurteilungsrichtlinien

Lambl fasste dabei nochmals alle wesentlichen Punkte zusammen, die an anderer Stelle in VLB-akzente bereits ausführlich thematisiert wurden. (siehe Heft 6/2005, S. 10)

Berufsabschlussprüfungen

Beim Thema der Berufsabschlussprüfungen konnte der VLB eine zeitliche Entlastung der Lehrkräfte im Hauptamt erreichen! Wolfgang Lambl dankte deshalb allen, die diese Aktion tatkräftig unterstützt hatten, da durch die



Als Gäste, von links Kurt Laubmeier, Schulleiter FOS/BOS Freising, HPR Horst Hackel, Gerhard Schatz, Schulleiter BS Freising, Bernhard Moser, AK Schulleiter.



BV-Vorsitzende Dr. Angelika Rehm bedankte sich bei dem Referenten Wolfgang Lambli.

gemeinsame Vorgehensweise Druck auf die IHK ausgeübt werden konnte, die ihrerseits dann über das Wirtschaftsministerium auf das Kultusministerium Druck gemacht hat. Genau deshalb konnte der VLB bei diesem Thema einen akzeptablen Durch-

bruch für seine Mitglieder erzielen! Gerade hier hat sich gezeigt, dass es immer auf die Aktivität jedes einzelnen Mitglieds ankommt, wenn der VLB etwas bewegen soll. Jeder VLB'ler ist gefragt und darf sich nicht verstecken hinter Äußerungen wie: „Die Verbandsspitze wird's schon richten!“ Der Redner wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Verband Anfang Juli eine Prioritätenliste über die künftigen Aufgaben zusammenstellen wird und dabei um die Vorschläge seiner Mitglieder bittet!



Interessierte Zuhörer.

bruch für seine Mitglieder erzielen! Gerade hier hat sich gezeigt, dass es immer auf die Aktivität jedes einzelnen Mitglieds ankommt, wenn der VLB etwas bewegen soll. Jeder VLB'ler ist gefragt und darf sich nicht verstecken hinter Äußerungen wie: „Die Verbandsspitze wird's schon richten!“ Der Redner wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Verband Anfang Juli eine Prioritätenliste über die künftigen Aufgaben zusammenstellen wird und dabei um die Vorschläge seiner Mitglieder bittet!

Einstellungssituation

Drei Ereignisse sind beim Thema der Neueinstellungen von entscheidender Bedeutung: Zum einen ergibt eine Binnenwanderung innerhalb von

längeren Schullaufbahnen der Schülerinnen und Schüler bemerkbar. Zuletzt steht die Einführung des G 8 unter enormem politischen Erfolgsdruck, demzufolge dem Philologenverband gerne Lehrkräfte für Intensivierungsstunden bereitgestellt werden. Fazit: Grundsätzlich lassen sich zwar ein höherer Lehrerbedarf und zunehmende Schülerzahlen in Bayern feststellen, das Kultusministerium kommt jedoch diesen Tatsachen durch die Einrichtung von genügend Planstellen im neuen Schuljahr insbesondere im beruflichen Schulwesen nicht entgegen!

Arbeitszeitkonto

Hier stellte der Referent die entsprechenden Modalitäten nach dem Mo-

dell 5-3-5 (5 Jahre eine Stunde Mehrarbeit, 3 Jahre Gleichstand, 5 Jahre eine Stunde weniger Arbeit) vor. Er merkte an, dass das Kultusministerium die Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte womöglich mittel- bis langfristig noch nach ganz anderen Modellen vorgeben und erfassen könnte. Wer diese Mehrarbeit nicht leisten möchte, kann auf Antrag davon befreit werden, bekommt aber dann auch eine Stunde weniger bezahlt. Der Ausgleich bei Störfällen, wenn also die Lehrkraft bei der „Rückzahlphase“ nicht mehr im aktiven Dienst sein kann, erfolgt als Vergütung über Mehrarbeit.

Diskussion

In kritischer Diskussion wurden Kernprobleme des Vortrags aufgegriffen und vertieft. Dabei ging es u. a. um die Frage, ob Schulleistungen ins Abschlusszeugnis eingebracht werden sollten. Hierzu stellte Klemens Brosig von der Regierung von Oberfranken fest, dass durch ein Festhalten schulischer Leistungen im Abschlusszeugnis die Arbeit der Berufsschule deutlich aufgewertet würde! *Bernd Krügel*

KV Oberbayern Nordwest und Südwest

Kontaktlehrertagung in München

Die beiden Kreisvorsitzenden Karlheinz Seitzinger und Horst Grünewald hatten zur diesjährigen Sommer-tagung nach München geladen. Als Gäste konnten der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Birner und als Vertreter der Schulleiter Oberbayerns Kurt Ungar begrüßt werden. Auf der Tagesordnung ganz oben stand das Impulsreferat „Berufsbild und Prestige der Lehrerinnen und Lehrer in Bayern“, dargeboten vom VLB Bezirksvorsitzenden Rudi Keil. Dieser Vortrag bot viel Diskussionsstoff und die Tagungsteilnehmer waren sich einig, dass der VLB mit den anderen Lehrerverbänden Anstrengungen zur Imageverbesserung der



Gastgeber und Gäste der Kontakt-Lehrertagung. Von links: Karl-Heinz Seitzinger, Michael Birner, Horst Grünewald, Kurt Ungar und Rudi Keil.

Lehrkräfte unternehmen sollte. Aspekte von Vortrag und Diskussion:

- Imageverbesserung als Motivationshilfe Sozialneid
- Vorbildfunktion des Lehrers: Wie viele können noch Vorbild sein?

Ergebnisse einer Untersuchung von Prof. Dr. Schaarschmidt an einer Beispielschule: 14 Prozent gut, 20–25 Prozent Schonhaltung, 1/3 Überforderung und Bum-out; FOS schnitt besser ab als Berufsschule

- Kooperation der Lehrer mit Betrieben
- Arbeitszeitkonto nur bei Staatlichen Schulen, Kommunen haben sich nicht angeschlossen
- Einsparungen
- Arbeitszeiterhöhung bedeutet Gehaltsverlust
- Einzelfälle von Lehrerversagen werden in der Presse als Regel missbraucht
- Finnland: Nebentätigkeiten werden den Lehrern abgenommen, Lehrer kann sich auf den Unterricht konzentrieren, Betreuung durch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter
- Genereller Abbau des Image von etablierten Berufen

Als zweiter Schwerpunkt stand Information und Diskussion Arbeitskreis Schulleiter in Oberbayern auf dem Programm. Kurt Ungar vertrat die Schulleiter Oberbayerns und beklagte sich über die zusätzlichen Belastungen, die auf die Schulleiter zukommen bzw. schon zugekommen sind: Zusammenlegung von Schulen, Verwaltung von Außenstellen, Eingliederung von Verwaltungsbeamten und viele andere Verwaltungsaufgaben. Aus diesem Grunde müssen sich die Schulleiter verstärkt artikulieren können, so Ungar. Michael Birner lobte einerseits das Engagement der oberbayerischen Schulleiter, wies aber andererseits daraufhin, dass die aktuellen Probleme nicht auf Oberbayern begrenzt sind und forderte Ungar auf, doch die berechtigten Interessen der Schulleiter bayernweit über den VLB zu artikulieren.

Horst Grünewald

Bezirksverband Unterfranken

Einladung zu einer Informations- und Delegiertenversammlung

für Bezirksdelegierte, Mitglieder des KV Main-Rhön, Mitglieder des Bezirksvorstandes und interessierte Kolleginnen und Kollegen der beruflichen Schulen

Termin: Donnerstag, den 13. Oktober 2005
17.00 – 19.00 Uhr

Ort: Aula der Ludwig-Erhard-Berufsschule
Staatliche Berufsschule II
Ignaz-Schön-Str. 10, 97421 Schweinfurt,

TOP 1: Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes, Dorothea Helbig

TOP 2: Evaluation – Belastung oder Chance?
Harry Koch informiert umfassend über das Konzept der Evaluation und Helmut Schwappacher berichtet über die Erfahrungen an seiner evaluierten Schule. Mit dieser Veranstaltung sprechen wir alle Kolleginnen und Kollegen sowohl aus dem gewerblich-technischen als auch aus dem kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Bereich an. Im Anschluss an die Referate wird die Möglichkeit zur Aussprache bestehen.

TOP 3: Bericht über die aktuelle Verbandarbeit, Wolfgang Lambli

TOP 4: Verschiedenes, Wünsche und Anträge
Auf Ihren Besuch freut sich
Dorothea Helbig, Bezirksvorsitzende

KV Oberfranken-Nordost

Die Lehrer an beruflichen Schulen an den Grenzen der Belastbarkeit

Im Hotel Central in Hof fand die diesjährige VLB-Mitgliederversammlung für alle Mitglieder aus der Stadt Hof und den Landkreisen Hof und Wunsiedel statt.

Begrüßen konnte Kreisvorsitzender Alfred Ernst den VLB-Landesvorsitzenden Hans Käfler, der mit den Lehrern vor Ort die Probleme im Rahmen der beruflichen Bildung besprach.

Erstes „heißes“ Thema war die erneute Anhebung der Unterrichtspflichtzeit an beruflichen Schulen um eine Stunde. Käfler wies darauf hin, dass grundsätzlich das Beamtenverhältnis für Lehrer positiv zu bewerten sei, da hier hoheitliche Aufgaben zu erledigen sind. Dafür erwarte aber der Freistaat von seinen Lehrern erhöhte Loyalität gegenüber dem Dienstherren. Derzeit komme aber der Freistaat Bayern seiner Fürsorgepflicht als Gegenleistung nicht nach. Aufgrund der Stundenerhöhung wurden 213 Planstellen an beruflichen Schulen eingezogen und nicht mit jungen Lehrern besetzt. Dies verschärfe das Problem, dass das Durchschnittsalter bei Lehrern an beruflichen Schulen jetzt schon bei 50 Jahren liege. Ebenso wurden die Voraussetzungen für die Gewährung von Altersteilzeit sowie für Leistungsprämien verschlechtert.

Die Unterrichtssituation ist überall in Bayern, besonders aber im hochfränkischen Raum, wesentlich erschwert. Es mehrt sich die Anzahl der Jugendlichen, die keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle gefunden haben. Viele dieser Jugendlichen müssen – ohne berufliche Perspektive – die Berufsschule besuchen. Dementsprechend angespannt ist die Stimmung in derartigen Klassen. Eine Lösung wäre hierfür die Bildung von Berufsfachschulen, in denen die Jugendlichen eine Ausbildung in schulischer Form durchlaufen können. In der derzeitigen Phase der Haushaltssanierung steht der weiteren Errichtung von Berufsfachschulen der strikte Sparzwang der öffentlichen Hand entgegen. Auch der Forderung, in besonders problematischen Klassen Sozialpädagogen einzusetzen, wurde bisher nicht nachgekommen.

Der Landesvorsitzende forderte deshalb in seinem Vortrag Schulleiter, aber auch Lehrer selbst auf, dafür zu sorgen, dass die Gesundheitsgefährdungsgrenze nicht überschritten wer-

Einladung Intensiv-Seminar:

1 Tag für Lehrer – Mit Stil zum Ziel

Dass gutes Benehmen in allen hierarchischen Ebenen wieder gefragt ist, belegen zahlreiche aktuelle Studien vom Allensbacher Archiv bis EMNID. Das kleine, aber feine Entscheidungskriterium bei der Personalauswahl unter zahlreichen Bewerbern mit gleicher Qualifikation, ist immer häufiger das „höflichere“ Benehmen. Gleiches gilt auch für die Chancen der Schüler und Schülerinnen. Wer sich korrekt benimmt, hat größere Chancen mit Entscheidern ins Gespräch und damit an eine Tätigkeit zu kommen. Das Auffrischen und Verfeinern von Umgangsformen, ist das Erfolgsgeheimnis dieses Seminars. Mehr Souveränität sich selbst gegenüber sowie den Schülern gegenüber zu entwickeln ist daher ein wichtiges Ziel.

Zielgruppe:	Lehrerkollegen: alle, die durch Takt und Stil ihre Persönlichkeit abrunden möchten.
Ziele:	<ul style="list-style-type: none"> • zeitgemäße Umgangsformen sicher beherrschen • Tabus erkennen und souverän meistern • gekonnter Einsatz der Small Talk Technik • richtige Kleidungswahl zu gesellschaftlichen Anlässen • passender Umgang mit Speisen und Getränken
Inhalte:	<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Höflichkeitsformen • Erfolgreiches Verhalten im Beruf (was wird von den Lehrerkollegen erwartet) • Optimales Verhalten gegenüber Schülern • Tischsitten im Wandel der Zeit • Gast- und Gastgeberrolle bei offiziellen Anlässen, Gastgeschenke • Allgemeine Tabu-Regeln
Termin:	Samstag, 26. November 2005, 9.00 – 16.00 Uhr, gemeinsames Geschäfts-Essen mittags, in einem Feinschmeckerlokal (freiwillig), (ca. 1 1/2 Stunden sind hierfür eingeplant)
Ort:	Dachau oder München
Teilnehmerbeitrag:	60,00 Euro. Für Mitglieder des VLB Oberbayern 30,00 Euro
Anmeldung über:	VLB Oberbayern Kreisverband Nordwest Horst Grünewald Käthe-Bauer-Weg 13, 80686 München, Tel.: 089-589 585 95 Fax: 089-589 393 85 E-Mail: gruenewald.h@web.de

de. Denn zu den zwei Stunden Unterrichtserhöhung in den letzten zwei Jahren kämen noch die Vertretungsstunden für erkrankte Kollegen hinzu. Da die Lehrer im besonderen Maße Verantwortung für ihre Schüler hätten, sei es ständig ein Balanceakt, den

Aufgaben im Rahmen des eigenen Unterrichts, der Vertretungen, der Arbeit bei der Schulentwicklung und den ständig anfallenden Verwaltungstätigkeiten gerecht zu werden.

Ein weiteres Thema war das Büchergeld und hier insbesondere des-



Von links: Kreisvorsitzender Alfred Ernst und die geehrten Mitglieder Klaus Tkotz, Josef Kröner, Reinhard Fraas, Werner Frank, Frau Schleicher, Helmut Rank, Alwin Schleicher, Landesvorsitzender Hans Käfler.

sen Erhebung. Es ist ein großer Aufwand, zu überprüfen, wer bereits bezahlt hat, wer von der Zahlung befreit ist und ob diejenigen, die ihre Bücher selbst kaufen wollten, dies auch wirklich getan haben.

Nach der Besprechung weiterer Themen, wie Beurteilungsrichtlinien, das neue Berufsbildungsgesetz und die Einstellungsmöglichkeiten von Referendaren und Reformbeamten, ehrte der Kreisvorsitzende Alfred Ernst zusammen mit Hans Käfler die

langjährigen Mitglieder des VLBs. Dies sind für 50 Jahre Mitgliedschaft: Albin Schleicher.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft: Josef Kröner, Klaus Tkotz, Helmut Rank, Werner Frank, Reinhard Fraas

Zum Schluss dankte Alfred Ernst dem VLB Landesvorsitzenden Hans Käfler für den informativen Vortrag und wünschte ihm viel Glück bei der Durchsetzung der Interessen der Mitglieder.

Alfred Ernst

schreiben oder verschoben ihn auf andere Körperteile. Es war ein Erlebnis, im anschließenden Rundgespräch an den Erlebnissen der Anderen teilzunehmen. Kaum lösbar schien eine weitere Teamaufgabe zu sein: wir sollten zwei Tische bis zu einer Lücke von etwa 15 Zentimetern zusammenschieben und eine Brücke aus 10 Seiten Papier bauen. Diese sollte eine halbvolle Literflasche Wasser halten. Wir haben die Aufgabe gemeistert! Ebenso gelang ein Turm in Höhe von acht DIN-A-4 Seiten Papier. Das Team bringt es eben! Behutsamkeit und Reaktion lernten wir mit dem Stöcke – Spiel. Jeder erhielt einen Stab von zwei Metern Länge, suchte sich einen Partner und beide durften die zwei Stöcke mit dem Zeigefinger bei geschlossenen Augen im Rhythmus von Musik gegen den Partner bewegen. Da ging es nach oben und unten, rechts und links, kreuz und quer. Tatsächlich fielen nur wenige Stäbe zu Boden. Diese Übung sei zur Nachahmung mit Schülern und Partnern empfohlen. Weisheiten aus eigener Erfahrung:

Immer wieder bestach Leszek durch Weisheiten aus seiner Erfahrung als langjähriger Berufsschullehrer, die herausforderten, die eigene Situation und Position im Schulleben zu reflektieren und neu aufzubauen. Einige dieser Bemerkungen sollen genügen. Leszek verglich Schüler und Lehrer mit der Sonnenblume, der girasole, die sich immer nach dem Licht und der Sonne dreht. Sein Tagesprogramm hieß: aus Last wird Lust. Vergleichen wir uns mit der sanften Gewalt der Natur – eine Pflanze durchdringt den Asphalt, wächst auf einem Stein, umwächst einen Stacheldraht. Je stärker ich mit der Faust etwas fassen will, um so weniger passt in die Hand hinein. Die Natur (eines Lehrers) kämpft nicht, sie lebt. Ich kann nichts erzwingen, sondern Ruhe und Gelassenheit kommen automatisch. Der Aktive findet Wege und Lösungen, der Passive findet ein Problem. Das Weiche ist das Beständige. Die Linde lindert, daher muss man zur Linde gehen. Die eigenen Wurzeln darf man aufdecken, dann kann man sie wieder zuschütten, denn die Zukunft liegt vor uns. Wichtig ist das Anfangen – der Rest erledigt

Fachgruppen

FG Religion

Krisen sind Chancen – Lernen in Gars

Vom 20. – 24. Juni 2005 riefen Dr. Anton Dimpflmeier, der Direktor des Instituts für Lehrerfortbildung Gars, und Leszek Wrzesinski, Dozent und Berufsschullehrer, in die Runde der Bayerischen Religionslehrer an Berufsbildenden Schulen und 27 Kolleginnen und Kollegen fühlten sich angesprochen. „Krisen als Chancen: persönliche Potenziale neu entdecken“, so lautete die Herausforderung. Wenn gegen Ende eines Schuljahres die Kräfte nachlassen oder zu Beginn eines heraufziehenden neuen Jahrgangs erste Unsicherheiten oder sogar Ängste auftreten, dann wird es Zeit, über die eigenen Ressourcen nachzudenken. Mit Leszek, wie wir ihn bald

alle nennen durften, hatten wir den Partner und Kollegen gefunden, der uns in Methoden der Selbstbesinnung einführte, zur Teamarbeit anleitete und vor allem durch seine Weisheit (-en) zum Nach-Denken brachte. Es war eine echte Psychohygiene-Anleitungen zur Gesundheit an Leib und Seele. Hier einige seiner Methoden:

Mit den Buchstaben des eigenen Vornamens stellte man sich einem Partner vor. Dieses Makronym lautete zum Beispiel: M-I-C-H-A-E-L. Ausgeschrieben bedeutet dies vielleicht: Mut, Initiative, Christ sein, Humor, Anfang, Ernährung und Liebe. Als sehr eindrucksvoll erwies sich die Übung der „Heilenden Steine“: die Teilnehmer legten sich mit dem Rücken auf den Boden, verschlossen die Augen und Leszek senkte einen Stein auf die Bauchgegend nieder. Diesen Stein betasteten wir, versuchten ihn zu erkennen und zu be-



Teamarbeit war immer gefragt.

sich von selbst. Was ich wirklich brauche, das habe ich schon – ein sehr nachdenkenswertes Satz! Meine Probleme passen zu mir. Welche Spuren hinterlasse ich eigentlich? Die Zeit zerrinnt mit dem Alter schneller, erst recht nach der Pensionierung. Wer „nein“ sagt, lebt länger! Jeder atmet die gleiche Luft, aber durch seine(!) Nase. Beginne ich am Montag wieder gerne die Schule? Was halte ich von meinem Chef? Wenn ich die Nase gegen die Wand drücke, sehe ich die Wand nicht mehr. Wie ein Lebensprogramm leuchtete eine römische Weisheit auf: Puer est ludere (Kindheit ist Spielen), Juvenis est amare (Jugend bedeutet Lieben), Vir est facere (Erwachsen sein ist Machen), Senior est ordonare (Alt werden heißt Ordnen).

Unsere Gruppe, der eine Reihe von VLB-Mitgliedern auch aus der Fachgruppe Religion angehörte, gratuliert dem Institut Gars in der Person von Direktor Dimpflmeier für die Gastfreundlichkeit und dem Dozenten Leszek für die gelungene Ressourcen- und Rückgratschulung. Mit Mut und Kraft können wir im Team mit den Kolleginnen und Kollegen ein neues Schuljahr beginnen, ohne uns von Ängsten und Krisen überwältigen zu lassen. Krisen als Entscheidungsphasen sind in der Tat Chancen!

Dr. Michael Persie

Referendare und Studenten

VLB-Studentensymposium 2005: Neustrukturierung der Studentenschaft innerhalb des VLB

Anfang Juni kamen Studenten von den drei bayerischen universitären Ausbildungsstätten München, Nürnberg und Bamberg in der Benediktiner Abtei Schweiklberg bei Passau zum Studentensymposium 2005 zusammen. Der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler und die amtierenden Studentensprecher des VLB, Thomas Hofmann und Stefan Weinzierl eröffneten das Symposium und gaben einen kurzen Rückblick auf die Aktivitäten des vergangenen Jahres.

In der sich anschließenden Diskussion der Studenten kristallisierte sich heraus, dass sich diese im Verband ein neues Profil und eine neue Struktur gegeben wollen. Handlungsbedarf sah man vor allem in der Public Relations, angefangen mit dem Internetauftritt für Studenten als auch mit den studentischen Ansprechpartnern an den Universitäten. Vielfach ist der Verband zu wenig bei den Studierenden bekannt, so der einheitliche Grundton. Zusammen mit dem VLB-Vorsitzenden Käfler wurden Möglichkeiten diskutiert, wie der Verband sich für die Belange der Studenten einsetzen und wie er die Studenten bei der Lösung ihrer Probleme im Studium unterstützen kann.

Am Samstag wurde als Workshop ein Lernzirkel zum Thema „lernschwache Schüler“ präsentiert, der an der privaten Berufsschule zur Lernförderung St. Erhard in Plattling erfolgreich eingesetzt wird. Die Studenten konnten sich hier ein Bild von den pädagogischen Herausforderungen machen, die es zu bewältigen gilt. Angeregt tauschte man sich in der Gruppe über bereits gemachte Erfahrungen in Schulpraktikas aus.

Im Anschluss daran wurde die Wahl der Studentensprecher durchgeführt. Da sich der amtierende kaufmänni-



Mitglieder- service

Günstiger mit dem Handy telefonieren

Dem VLB ist es gelungen, sich an einen Rahmenabkommensvertrag für Mobiltelefonie beteiligen zu können, die es ermöglichen verbesserte Konditionen zu erhalten.

Als Anbieter stehen zur Verfügung:

- T-Mobile und
- Vodafone

Prüfen sie die Konditionen und nehmen Sie das Angebot wahr, wenn es Ihnen zusagt.

Alle weiteren Informationen finden Sie im Internet unter:

[www.vlb-bayern.de/
service/telefon](http://www.vlb-bayern.de/service/telefon)

sche Studentensprecher Thomas Hofmann mittlerweile im Referendariat befindet, wurde einstimmig Manuel Böhm zu seinem Nachfolger gewählt. Der gewerbliche Studentensprecher Stefan Weinzierl wurde in seinem Amt bestätigt. Beide Studentensprecher nahmen die Wahl an und bedankten sich für das Vertrauen.

Als erste Amtshandlung präsentierten die neuen Studentensprecher die Ergebnisse der Diskussion den Vertretern des Verbandes: Hans Käfler, Landesvorsitzender, sowie Heiko Pohlmann und Maria Sommerer, bei-

de für die Lehrerbildung und –fortbildung im VLB zuständig. Zusammen lotete man die Umsetzbarkeit der Ziele aus. Die Verbandsvertreter zeigten sich dabei sehr aufgeschlossen gegenüber den neuen Ideen.

Zum Ausklang des Studentensymposiums lud der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler die Studenten zur Besichtigung seiner Schule ein. Die angehenden Lehrkräfte zeigten sich beeindruckt vom Gebäude und den Möglichkeiten, die den Lehrern hier zur Verfügung stehen.

Manuel Böhm/Stefan Weinzierl

Der BBB hat sich bereits mit dem Bayerischen Staatsministerium in Verbindung gesetzt mit der Bitte, die ruhend gestellten Verfahren nun zu Gunsten der Antragsteller zu entscheiden und darüber hinaus auch den Betroffenen, die bisher nicht gegen ihre – fehlerhaften – Versorgungsbescheide vorgegangen sind, zumindest für die Zeit ab dem Urteilsspruch die höheren Versorgungsbezüge zu gewähren, ohne dass sie rechtliche Schritte ergreifen müssen

Die Erfahrung lehrt, dass die positiven finanziellen Auswirkungen für die Betroffenen allerdings nicht überschnell eintreten werden.

Berthold Schulter

Einladung zum Fortbildungstag für Dienstanfänger

Der VLB lädt in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus zur einer Dienstantrittsveranstaltung ein.

Termin: Samstag, 24. September 2005

Ort: Nürnberg, 9.30 Uhr – 16.30 Uhr

Als Gesprächspartner stehen u. a. zur Verfügung:

MR Georg Hirner, KM

MR Günter Liebl, KM

Wolfgang Lambl, Hauptpersonalrat

Reiner Roggan, dbb-Vorsorgewerk

Hans Käfler, VLB-Landesvorsitzender

Heiko Pohlmann, VLB-Referent für Lehrerbildung

Edigna Kellermann, Jürgen Krotter, VLB-Referendarsprecher

Der VLB lädt zum Mittagessen ein und übernimmt für VLB-Mitglieder eine gestaffelte Reisekostenvergütung

Alle weiteren Informationen finden Sie im Internet unter:

www.vlb-bayern.de/referndare

Niederbayerische Pensionisten unterwegs – Information und Kultur in Landshut

Landshut, die Stadt der reichen Herzöge von Niederbayern, geschmückt im festlichen Kleid der Festzeit „Landshuter Hochzeit“ bot den Rahmen für das diesjährige Treffen der Ruheständler.

Kollege Erwin Kern, früher Lehrer an der BS I Passau und langjähriger Bezirkspersonalrat, konnte als neuer Pensionistenbeauftragter heuer im Namen des Bezirks 24 Teilnehmer begrüßen – eine erhebliche Steigerung gegenüber der ersten Veranstaltung im Frühjahr 2004.

Der Beginn gegen Mittag war so terminiert, dass für einen Großteil die Anreise mit dem Bayern-Ticket möglich war. Im Weißen Bräuhaus „Zum Krenkl“, zentral in der Altstadt gelegen, gab nach der Mittagsstärkung Gertraud Schneider von der BFD einen Überblick über den Stand der Beihilfevorschriften, angereichert mit wertvollen Hilfestellungen im Vortrag sowie bei Nachfrage und Diskussion. Das Urteil mehrerer Zuhörer: Eine Behörde mit menschlichem Antlitz.

Kollege Berthold Schulter, Seniorenvertreter des Landesverbandes, schloss mit seiner Information über Beamten- und Versorgungsrecht, des-

Senioren

Aus aktuellem Anlass

Wichtig für Kolleginnen, die vor dem 31. Dez. 1991 in Teilzeit beschäftigt waren und heute in Pension sind. (siehe Vlb-akzente 08/09 2004, S. 38 bzw. WuE 1/2005 S. 40 f.)

Ein Lichtblick für alle, die 2004 aufgrund des o. g. Artikels ihre Versor-

gungsstelle gebeten hatten, die Festsetzung ihres Ruhegehalts zu überprüfen bzw. Widerspruch gegen die Abzüge eingelegt hatten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 25. Mai 2005 die den Widersprüchen zugrunde liegende Auffassung (u. a. des Beamtenbundes) bestätigt.



Aufmerksame Zuhörer bei der Burgführung.



Gertraud Schneider bei ihrem Vortrag zu den Beihilfevorschriften. Rechts im Hintergrund VLB-Seniorenvertreter Berthold Schulte.

sen derzeitigem Stand und zukünftigem Zuschnitt nahtlos an. Getragen von seinem weiten und tiefen Wissen gab er Einblick in Fragen wie Status, Patientenverfügung, Notfall- und Witwenversorgung sowie Praktiken der Kreditvergabe gewisser Banken an Senioren.

Da gute Nachrichten in diesem Bereich kaum auszumachen sind, konnte er seine Zuhörer nur damit trösten, dass nachrückende Jahrgänge noch stärker als die gegenwärtigen an der neuen Struktur der Versorgung und ihrer Einschnitte zu beißen haben werden. Zumindest für den Augenblick wurde deshalb der Zuschuss des Bezirks zum Tagesverzehr als vernehmlich empfunden.

Den kulturellen Abschluss bildete der Weg zur Burg Trausnitz, wo ein gutes Drittel der Teilnehmer den beeindruckenden Blick auf Stadt und St. Martinsmünster sowie eine lebendige Führung durch Burganlage und Räume genießen konnte.

Den Veranstalter ermutigt das "Tagesecho" der Teilnehmer sowie viele Anrufe im Vorfeld der Veranstaltung, für die Senioren in Niederbayern so weiterzumachen. *Erwin Kern*

Einführung der beruflichen Grundbildung und den Ausbau des dualen Systems ging. Mit Sachverstand und spitzer Feder trug er wesentlich dazu bei, dass die Berufsbildung seinerzeit Aufwind bekam.

Bereits im Ruhestand befindlich verfasste er als Chef eines Autorenteam eine vielbeachtete Chronik des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen, in der die Nachkriegsgeschichte der beruflichen Bildung anschaulich dargestellt ist. 1988 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Bader war Ostpreuße und durchlief eine humanistisch ausgerichtete Schullaufbahn. Bereits in jungen Jahren machte er sowohl von seiner publizistischen Begabung, als auch von sei-



ner brillanten Rhetorik erfolgreich Gebrauch. Nach dem Kriege verschlug es ihn nach Frankfurt am Main, wo er in bereits „reiferen Jahren“ eine berufliche Lehre als Schreiner und daran anschließend das Studium zum Berufsschullehrer absolvierte. Seinem Naturell gemäß war er stets alles andere als ein stiller Teilhaber und beschränkte sein politisches Engagement keinesfalls auf Fragen der Bildung und Ausbildung. Viele Jahre lang war er vor seinem Wechsel nach Würzburg Stadtverordneter und Fraktionschef im Parlament seiner Wahlheimat Eschborn, wo man sich noch heute seiner farbigen Redebeiträge erinnert.

Bis zuletzt verfolgte er mit z. T. großer Betroffenheit, der Insider in Sachen Berufsbildung, die aktuellen Vorgänge um die beruflichen Schulen der Stadt Würzburg, aber auch die seines Verbandes, des VLB. *-pth-*

Personalien

Mit spitzer Feder für die berufliche Bildung

Mitte Juli verstarb kurz nach seinem 82. Geburtstag Heinz Bader in Würzburg.

Als Leiter der Würzburger Franz-Oberthür-Schule war er 1973 nach Würzburg gekommen und gehörte in den 70-er und 80-er Jahren zu den markantesten Persönlichkeiten der regionalen Schulszene. Bader trat Zeit seines Lebens aus ganzem Herzen und mit voller Überzeugung für die Jugend

im Beruf und für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung ein.

Sein bildungspolitisches Hintergrundwissen vermochte Heinz Bader sehr gekonnt auch publizistisch umzusetzen. Mehr als 25 Jahre lang war er Schriftleiter der „Berufsbildenden Schule“, der bundesweit erscheinenden Monatszeitschrift mit europaweiter Bedeutung. Klar, dass man sich seinem Rat in der Bundeshauptstadt – damals Bonn – nicht verschloss, als es in den siebziger Jahren u. a. um die

Wir gratulieren im Oktober ...

... zu Geburtstagen über 90

Beck, Paul, 09.10.1910
86368 Gersthofen, KV Augsburg
Sauerer, Karl, 15.10.1913
93049 Regensburg, KV Regensburg
Steindl, Alois, 25.10.1912
90411 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 85. Geburtstag

Steininger, Hugo, 10.10.1920
92468 Vohenstrauß, KV Opf.-Nord

... zum 80. Geburtstag

Franz, Hans, 16.10.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Hermann, Marianne, 06.10.
90552 Röthenbach, KV Nürnberg

... zum 75. Geburtstag

Grund, Hanns, 05.10.
85354 Freising, KV Obb.-Nordwest
Städtner, Gudrun, 20.10.
90419 Nürnberg, KV Nürnberg
Storbeck, Fritz, 31.10.
86825 Bad Wörishofen, KV Allgäu

... zum 70. Geburtstag

Berner, Edeltraud, 16.10.
96047 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim
Berr, Martha, 25.10.
92507 Nabburg, KV Schwandorf
Oppermann, Elisabeth-Charlotte, 21.10.
31139 Hildesheim, KV Main-Rhön

... zum 65. Geburtstag

Binner, Willibald, 31.10.
86316 Friedberg, KV Augsburg
Böhmer, Friedrich, 27.10.
90411 Nürnberg, KV Nürnberg
Feneberg, Christa, 17.10.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Herrmann, Ursula, 02.10.
91315 Höchstadt, KV Mfr.-Nord
Kern, Ludwig, 02.10.
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd
Kormann, Erna, 29.10.
89420 Höchstadt, KV Nordschwaben
Leberfinger, Werner, 03.10.
94550 Forsthart-Künzing,
KV Ndb.-Ost
Lenz, Ingeborg, 10.10.
82024 Taufkirchen, BV München

Schimmack, Dieter, 07.10.
83024 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach
Unger, Hedwig, 02.10.
97084 Würzburg, KV Würzburg
Zeitler, Alfred, 23.10.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

... zum 60. Geburtstag

Dinter, Joachim, 12.10.
90765 Fürth, KV Mfr.-Nord
Haas, Hubert, 10.10.
90556 Cadolzburg, KV Nürnberg
Haider, Johann, 21.10.
87527 Sonthofen, KV Allgäu
Härtl, Heinz, 30.10.
95643 Tirschenreuth, KV Opf.-Nord
Herbort, Hermann, 07.10.
86529 Schrobenhausen,
KV Obb.-Nordwest
Jakob, Hans-Rüdiger, 29.10.
90471 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Kirchmann, Peter, 02.10.
86316 Friedberg, KV Augsburg
Rustler, Horst, 22.10.
95445 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Saar, Klaus, 20.10.
97488 Stadtlauringen, KV Main-Rhön
Tannenberg, Hans-Rainer, 22.10.
80335 München, BV München
Theilmann, Wolfgang, 28.10.
90547 Stein, KV Nürnberg

In den Ruhestand sind gegangen ...

Laske, Alexander, KV Amberg-Sulzbach
Mages, Wolfgang, KV Landshut
Schimpf, Gerhard, KV Mfr.-Süd
Schulze, Dieter, KV Landshut

Wir trauern um ...

Netzs, Hildegard,
KV Rosenheim-Miesbach (97)
Schumm, Karlheinz, BV München (59)
Sperber, Elsa, KV Mfr.-Süd (76)

Termine

Workshop Reihe High-Tech im Klassenzimmer

Die Fakultät Maschinenwesen an der TU-München bietet im Herbst 2005 Technik-Workshops für Lehrerinnen und Lehrer an. Themenbeispiele:

- Muskeln und Motore in der Mikro-technik
- Sind Mikrometeoriten und Meteorite eine Bedrohung aus dem All?
- Technische Fahrerassistenten im Auto der Zukunft?
- Solare Wasserstoffwirtschaft – Versorgung eines Schulgebäudes mit solar erzeugtem Wasserstoff
- Das Leben in Bioreaktoren
- Angewandte Kinetik: Auswuchten
- Methodische Entwicklung elektromagnetischer Bremsen

Zielgruppe: Lehrkräfte an beruflichen Schulen und Gymnasien
Termin: Zeitraum: 27. 9. bis 13. 10. 2004
Ort: Technischen Universität in Garching

Ausführliche Informationen:
<http://www.ergonomie.tum.de/lehre/lehrerfortbildung/>
oder Dr. Herbert Rausch,
Telefon 089 / 2 89 - 1 53 94,
E-mail: rausch@tum.de

Reisen mit der KEG 10 Tage China 2006 mit Schwerpunkt „Schule in China“

Geplante Reisezeit: 5. Juni bis 14. Juni 2006 – 10 Tage.
Teilnehmerzahl: ca. 16 bis 25 Personen. **Preis:** abhängig von der Preisentwicklung, ca. 1 890 Euro p. P. im DZ (EZ-Zuschlag 300 Euro)
Nähere Informationen bei:
Bernhard Buckenleib,
Tel.: 089 / 28 99 62 18,
E-Mail: buckenleib@t-online.de

Neu!Neu!Neu!

Ab sofort können Sie Ihr persönliches Kleininserat oder Ihr Firmeninserat als Fließsatz- oder Rahmenanzeige (siehe Beispiel rechts) via Internet in VLB-akzente aufgeben. Alle weiterführenden und ausführlichen Informationen über Erscheinungstermine und Preise finden Sie jetzt unter:

www.vlb-bayern.de
→ kleinanzeigen

Tauschpartner...

für Planstelle in Oberfranken gesucht ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

www.vlb-bayern.de → Kleinanzeigen

Ferienwohnung...

auf der Insel Elba zu vermieten ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

www.vlb-bayern.de → Kleinanzeigen

Leser schreiben

Stellungnahme zum Beitrag „Der Verband braucht den Sachverstand ...“ im Heft 05/2005

Hat da jemand seine Hausaufgaben nicht gemacht?

„Menschen ohne Erfahrung wachsen Entscheidungsmöglichkeiten ungeahnter Art zu“, so die „unsalomoni-sche“ Einschätzung des geschätzten Herrn B. Schulter zur Praxis der Lehrplanarbeit in der Abteilung BES am ISB. Ohne Zweifel freut es uns, wenn unsere wesentliche Tätigkeit am ISB, nämlich die Erarbeitung oder Bearbeitung von Lehrplänen, von erfahrenen Pädagogen derart hoch eingeschätzt wird. Wir danken für die Wertschätzung. Jetzt ist es aber so, dass diese Aussage im Kontext einer doch sehr pauschalen und unreflektierten Kritik an der Praxis der Lehrplanarbeit steht, was uns wiederum nachdenklich macht. Im zitierten Beitrag heißt es: „Bernhard Zeller übte Kritik an der Praxis verantwortliche Positionen in Lehrplankommissionen mit Personen zu besetzen, die wenig praktische Schulerfahrung mitbringen“.

Wer ist gemeint? Sind es die Kolleginnen und Kollegen der Abt. BES, al-

so die Vorsitzenden der Arbeitskreise? Deren Schulerfahrung liegt im Schnitt bei 10 Jahren. Oder sind es die von den Schulen freigestellten Kolleginnen und Kollegen?

Auch wenn ich grundsätzlich dazu neige, qualitativ hochwertige Arbeit nicht unmittelbar mit dem Lebensalter in Verbindung zu bringen, so ist es uns bei der Zusammenstellung der Lehrplankommissionen selbstverständlich ein Anliegen, Erfahrung und Innovationskraft, Kreativität und Bodenständigkeit in Einklang zu bringen. Zugegeben, das ist nicht ganz so einfach, denn manchmal muss man sich nicht unerheblich gegen Interessensvertreter aller Art zur Wehr setzen. Um Missverständnissen vorzubeugen: Lobbyismus ist wichtig und natürlich auch zulässig, ob dies aber immer der Motor qualitativer Weiterentwicklung ist, sei dahingestellt.

Nun denn, ich denke wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Ein Wunsch unsererseits: Wenn schon Kritik, der wir aufgeschlossen gegenüberstehen, dann bitte in der Form, dass wir damit arbeiten können. Pauschal-kritik hilft weder uns noch der Sache.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine konstruktiv-kritische Zusammen-

arbeit und bedanke mich bei all denen, die mit viel Engagement sowie jungendlichem oder auf Lebenserfahrung gründenden Elan an der Entwicklung von Lehrplänen arbeiten.

*Arnulf Zöller, Stellvertretender
Direktor und Leiter der Abteilung
Berufliche Schulen*

Autorenverzeichnis

Deinböck A./Romer C.

ISB, Schellingstr. 155, 80797 München,
Tel.: 0 89 - 21 70 21 01

Grünwald, Horst

BS, Heinrich-Neumaier-Platz 1,
85221 Dachau, Tel.: 0 81 31 - 90 74 30

Götz, Marion

VLB-Referentin für Dienstrecht
Gleiwitzer Str. 16, 92421 Schwandorf,
Tel.: 0 94 31 - 79 95 59

Käfler, Hans

VLB-Landesvorsitzender
BS, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau,
Tel.: 08 51 - 9 59 13 00

Kührt, Peter

BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg,
Tel.: 09 11 - 2 31 39 48

Lambl, Wolfgang

stellvert. VLB-Landesvorsitzender
und Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: 0 93 63 - 52 78

Dr. Rehm, Angelika

stellvert. VLB-Landesvorsitzende
BS, Dr.-von-Schmidt-Str. 12,
96050 Bamberg, Tel.: 09 51 - 30 28 70

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: 0 89 - 38 58 40 84

Seifried, Jürgen

OFU, Kapuzinerstr. 25,
96045 Bamberg, Tel.: 09 51 - 863 27 65

Vögele, Michael

TUM, Lothstr.17, 80335 München,
Tel.: 0 89 - 28 92 42 77

Weidinger, Dietrich

WS, Artilleriestr. 25, 91052 Erlangen,
Tel.: 0 91 31 - 5 34 30

Nachdenkenswert

Der Ruf einer Schule ist ein Niederschlag der Art ihrer Leitung. Es dürfte nicht genügen, in Entscheidungen ein korrekter Beamter zu sein. Ohne Großzügigkeit zerfällt der Geist moderner Pädagogik, und Bürokratie passt schlecht in ein Haus, in dem sich die Jugend aufhalten soll. Eine Schule lässt sich nicht durch ein ausgeklügeltes Formularwesen führen. Allgemeine Vorschriften von oben müssen sein; aber sie gelten und passen nur für eine Durchschnittssituation. Wie ihre Auslegung im Einzelfall ausfällt, das ist dem Urteil des Ausführenden zu überlassen. „Listenkult ist kein perfektes Überwachungssystem“, denn der beste Lehrer ist bestimmt nicht der, der alles termingerecht erledigt. Wenn ein Lehrer selber zum Befehlsempfänger und Ausführenden wird, kann er seine Schule niemals zu schöpferischer Arbeit führen. Wo die rechte Persönlichkeit wirkt, verblassen Vorschriften und Regeln ... Überorganisation nimmt dem Lehrer die Verantwortung. Von Anfang an ist dem Lehrer Vertrauen zu schenken, denn Vertrauen verpflichtet. Normal gibt ein Lehrer vor seinen Schülern sein Bestes; kann er das nicht, dann machen Bevormundung und Vorschriften den Kurzsichtigen und Pedanten nicht klüger, aber sie hemmen den Fähigen und Großzügigen. Der Lehrer, als Beamter in der Schule, braucht selten einen Kontrolleur seiner Arbeit. Die Schule hat wirksamere, immer und von selbst wirkende Aufpasser, das sind Schüler, Eltern und Lehrherren. Und ein Schulleiter als Überwacher der Schülerhefte und Schülerbogen ist für den Schulträger zu teuer.

(Lochner, Hans, Methodik des kaufmännisch-/wirtschaftlichen Unterrichts, Rinteln, München, 1962, S. 63 f.)